

Stenographischer Bericht

13. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode — 15. Oktober 1946.

Inhalt:

Personalien: Abg. Möstl krankheitshalber beurlaubt.

Auflagen: Regierungsvorlagen, Beilagen Nr. 17 bis 21 (193); Regierungsvorlage Einl.-Zl. 36 (193); Regierungsvorlagen zu Einl.-Zl. 6, 7, 10, 16, 17, 25, 27, 28 und 30 (193).

Zuweisungen: Regierungsvorlagen, Beilagen Nr. 17 bis 21 (193); Regierungsvorlage Einl.-Zl. 36 (193); Regierungsvorlagen zu Einl.-Zl. 6, 7, 10, 16, 17, 25, 27, 28 und 30 (193).

Anfragen: Dringliche Anfrage der Abg. Wurm, Maria Matzner und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Ernährungs- und Beheizungsfrage und die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidern, Wäsche, Strümpfen, Schuhen u. dgl. (194).

Anträge: a) der Abg. Wolf und Genossen, betreffend Wiedereinführung des alten österreichischen Ziehkinderaufsichtsgesetzes (194),

b) der Abg. Kaplan und Genossen, betreffend Aufnahme der Landstraße Lembach—Stang im Bezirk Feldbach in das Landstraßenverzeichnis auf Grund des Landesgesetzes vom 1. April 1938 (194),

c) der Abg. Kaplan und Genossen, betreffend Aufnahme der Landstraße Loimeth—Lindegg des Bezirkes Fürstenfeld in das Landstraßenverzeichnis auf Grund des Landesgesetzes vom 1. April 1938 (194),

d) der Abg. Kaplan und Genossen, betreffend Aufnahme der Landstraße Brunn—Oberlamm—Unterlamm in das Landstraßenverzeichnis auf Grund des Landesgesetzes vom 1. April 1938 (194).

Beantwortung von Anfragen: a) Anfrage Nr. 1 der Abg. Hofmann und Genossen, betreffend Währungsmaßnahmen und Schutz der kleinen Sparer (194),

b) Anfrage Nr. 2 der Abg. Praßl und Genossen, betreffend die notwendigen Maßnahmen im steirischen Kriegsgebiet, (194),

c) Anfrage Nr. 5 der Abg. Esterl und Genossen, betreffend die Errichtung eines Invalidenheimes in Graz (194).

Verhandlungen: Dringliche Anfrage der Abg. Wurm, Maria Matzner und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Ernährungs- und Beheizungsfrage und die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidern, Wäsche, Strümpfen, Schuhen u. dgl.

Begründung der dringlichen Anfrage Abg. Wurm (194).

Beantwortung der dringlichen Anfrage durch Landeshauptmann Pirchegger (196),

Redner: Landeshauptmannstellvertreter Machold (202), Abg. Maria Matzner (202), Abg. Pölzl (205), Landesrat Dr. Illig (207), Präsident Stockbauer (212), Abg. Fischer (216), Landeshauptmannstellvertreter Machold (218), Landesrat Krainer (220).

Beginn der Sitzung: 16 Uhr 25 Minuten.

Präsident Wallner: Hohes Haus! Ich eröffne hiermit die 13. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße die erschienenen Abgeordneten sowie die Vertreter der Britischen Zivilverwaltung.

Wegen Erkrankung ist entschuldigt Abg. Möstl.

Auf der Tagesordnung stehen Zuweisungen.

Eingebracht und aufgelegt wurden als Regierungsvorlagen die Beilagen Nr. 17 bis 21, als Regierungsvorlage die Einl.-Zl. 36 und Regierungsvorlagen zu den Einl.-Zl. 6, 7, 10, 16, 17, 25, 27, 28 und 30. Wenn kein Einwand erhoben wird, werden diese Vorlagen unter Abstandnahme der 24stündigen Auflagefrist zugewiesen wie folgt:

Beilage Nr. 17, Gesetz über die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften und die zwangsweise Vereinigung von Gemeinden, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Beilage Nr. 18, Gesetz über die Bildung eines Gemeindeausgleichsfonds, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Beilage Nr. 19, Gesetz, betreffend Abänderung bzw. Ergänzung der §§ 27, 29, Abs. 3, und 47, Abs. 2, Punkt 6, der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Beilage Nr. 20, Gesetz, betreffend Einführung einer Kehrordnung für das Land Steiermark einschließlich der Landeshauptstadt Graz, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Beilage Nr. 21, Gesetz, womit die Steiermärkische Landesregierung ermächtigt wird, die Bauordnung für das Land Steiermark, mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz, und die Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz zum Zwecke ihrer Anpassung an die gegebenen Zeitverhältnisse abzuändern und zu ergänzen, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Einl.-Zl. 36, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend steiermärkische Landeseisenbahnen, Wettbewerb durch Kraftfahrlinienbetriebe des Bundes, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 6, betreffend den Antrag der Abgeordneten Dr. Speck, Matzner, Horvatek, Plaimauer und Genossen wegen Schaffung eines Bundeserziehungsgesetzes, dem Volksbildungsausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 7, betreffend den Antrag der Abg. Stockbauer, Giegerl, Operschall, Komatz, Lendl und Genossen wegen vorübergehender Verlängerung der Schulpflicht als Maßnahme zur Verhütung der Verwahrlosung, dem Volksbildungsausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 10, zum Antrag der Abg. Matzner, Dr. Speck, Komatz, Lackner und Genossen, betreffend Mischkonserven, Abänderung der Anrechnung der Fleischmarken und Wechsel der Gemeinden, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 16, zum Antrag der Abg. Kaplan, Thaller, Pönsold und Praßl, betreffend Einplanung der Panzergräben und Verteidigungsanlagen im steirischen Kriegsgebiet, dem Wiederaufbauausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 17, zum Antrag der Abg. Bauer, Witrisal, Laufenstein, Smolana, Pregetter und Pfeiler, betreffend die Bildung von Leitungsausschüssen bei den Sozialinstituten in Steiermark, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 25, zum Antrag der Abg. Wolf, Holik, Duß, Praßl und Kaplan, betreffend die Wiedererrichtung eines Polizeijugendheimes in Graz, dem Fürsorgeausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 27, zum Antrag der Abg. Mrazek, Smolana, Wabnegg, Duß, Witrisal, Pregetter, betreffend Heimbringung der Kriegsgefangenen, dem Fürsorgeausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 28, zum Antrag der Abg. Schupfer, Amon, Hofmann, Giegerl, Operschall, Esterl und Genossen, betreffend Wiedererrichtung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, dem Volksbildungsausschuß;

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu Einl.-Zl. 30, zum Antrag der Abg. Giegerl, Schupfer, Lackner, Amon, Operschall und Genossen, betreffend Verbot der Verwendung der Beerenriffel beim Sammeln von Beeren, dem Landeskulturausschuß.

Wird gegen diese Zuweisungen Einwand erhoben? Es ist dies nicht der Fall. Ich werde die einzelnen Vorlagen sofort den bezüglichen Ausschüssen zustellen lassen.

Eingebracht wurde ferner eine dringliche Anfrage der Abg. Wurm, Maria Matzner, Lendl, Operschall, Dr. Speck, Komatz, Lackner, Plaimauer und Hofmann an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Ernährungs- und Beheizungsfrage und die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidern, Wäsche, Strümpfen, Schuhen u. dgl.

Ich stelle fest, daß die Anfrage die nach der Geschäftsordnung notwendige Fertigung aufweist. Ich werde diese dringliche Anfrage vor Abschluß der Tagesordnung zur Behandlung bringen.

Es wurden weiters eingebracht ein Antrag der Abg. Wolf, Duß, Kaplan, Holik, Vollmann, betreffend Wiedereinführung des alten österreichischen Ziehkinderaufsichtsgesetzes;

ein Antrag der Abg. Kaplan, Praßl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Lembach—Stang im Bezirk Feldbach in das Landstraßenverzeichnis auf Grund des Landesgesetzes vom 1. April 1938;

ein Antrag der Abg. Kaplan, Praßl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Loimeth—Lindegg des Bezirkes Fürstenfeld in das Landstraßenverzeichnis auf Grund des Landesgesetzes vom 1. April 1938;

ein Antrag der Abg. Kaplan, Praßl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Brunn—Oberlamm—Unterlamm in das Landstraßenverzeichnis auf Grund des Landesgesetzes vom 1. April 1938.

Eingelangt sind ferner die Beantwortungen der Anfragen von Abgeordneten: zu Anfrage Nr. 1 der Abg. Hofmann und Genossen, betreffend Währungsmaßnahmen und Schutz der kleinen Sparer, zu Anfrage Nr. 2 der Abg. Praßl, Thaller, Pfeiler, Kofler, Kaplan, Wallner und Duß, betreffend die notwendigen Maßnahmen im steirischen Kriegsgebiet und zu Anfrage Nr. 5 der Abg. Esterl, Hofmann, Matzner Maria, Stockbauer und Genossen, betreffend die Errichtung eines Invalidenheimes in Graz. Ich habe veranlaßt, daß die bezüglichen Antworten im Sinne des § 56 der Geschäftsordnung des Steierm. Landtages den erstunterschiedenen Antragstellern zugestellt wurden. Sie liegen außerdem in der Präsidialkanzlei des Landtages zur Einsichtnahme auf.

Ich stelle nun die dringliche Anfrage der Abg. Wurm, Maria Matzner, Lendl, Operschall, Dr. Speck, Komatz, Lackner, Plaimauer und Hofmann auf die Tagesordnung. Wünscht zur Begründung der Anfrage jemand das Wort? Der Herr Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wurm: Hohes Haus! Die Ernährungslage in der Steiermark ist derart trostlos, daß es notwendig ist, darüber ernstlich zu reden. Zu Beginn des Jahres erhielten wir die Mitteilung, daß die Welternährungslage derart katastrophal sei, daß auf jeden Fall der tägliche Kaloriensatz gesenkt werden müsse. Zwei Länder, Österreich und Deutschland, erhielten einen täglichen Kaloriensatz von 1200 Kalorien. Dieser tägliche Kaloriensatz von 1200 Kalorien konnte aber auch nicht immer geboten werden. 1200 Kalorien sind jedoch nicht ausreichend, um einen Menschen dauernd gesund zu erhalten.

Bei der Herabsetzung wurde uns versprochen, daß die Bevölkerung nach Einbringung der Ernte sofort mit einer Erhöhung auf 1500 Kalorien rechnen könne. Seit zwei Monaten ist die Ernte eingebracht, aber der tägliche Kaloriensatz wurde immer noch nicht erhöht, im Gegenteil, es sieht so aus, als ob eine weitere Verkürzung eintreten sollte. In Deutschland wurde ab 1. Oktober der tägliche Kaloriensatz auf 1500 Kalorien erhöht und vor einigen Tagen hörte man durch das Radio, daß der tägliche Kaloriensatz nunmehr auf 1800 erhöht

werden soll. In Deutschland erhält die Bevölkerung seit 1945 monatlich $\frac{1}{2}$ kg Zucker. Die steirische Bevölkerung erhält nur 14 dkg. In den letzten 14 Tagen wurde überhaupt kein Zucker aufgerufen. Unsere Arbeiter wissen nicht, was sie zum Frühstück essen sollen. Sie bekommen weder Kaffee-Ersatz, noch Tee, noch Zucker. Die Landbevölkerung ist noch ein wenig besser daran, da ihr Milch für das Frühstück zur Verfügung steht.

Zur Bekleidung! Wir haben viel zu wenig, um nur die notwendigste Bekleidung unseren Arbeitern zur Verfügung stellen zu können. In der Steiermark werden monatlich 2000 Schlosseranzüge erzeugt. Demgegenüber steht eine Anzahl von 200.000 zu versorgenden Arbeitern. Es ist unmöglich, die notwendige Kleidung aufzubringen, die die Arbeiter benötigen, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. In der Steiermark sind 84.000 Frauen beschäftigt. Diese haben für die Wintermonate keine Strümpfe. Die Strümpfe, die sie hatten, sind aufgebraucht. Es werden monatlich 1500 Paar Strümpfe in der Steiermark erzeugt. Davon erhält das Wirtschaftsamt Graz 200 Paar zur Verteilung. Die Arbeiterinnen haben keine Möglichkeit, jemals in den Besitz eines Bezugscheines zu kommen, da ihnen die Zeit fehlt, sich stundenlang beim Wirtschaftsamt anzustellen.

Schuhe! Durchschnittlich werden in der Steiermark monatlich 30.000 Paar Schuhe erzeugt. Das ist für unsere Einwohnerzahl eine viel zu kleine Anzahl. Es könnte sonach jeder vierte Steirer jährlich ein Paar Schuhe erhalten. Um unsere Produktion in der Steiermark aufrecht zu erhalten, ist es notwendig, daß die Arbeiter so rasch als möglich Schuhe erhalten. Die letzte Schuhverteilung, die vor einigen Tagen stattfand, gab folgendes Bild: 32.000 Paar Schuhe wurden erzeugt. Davon wurden dem Wirtschaftsamt 20.370 Paar gemeldet. Der Gewerkschaftsbund, der sich bei der Verteilung einschaltete, erhielt 2300 Paar Arbeitsschuhe zur Verteilung. Zusätzlich erhielt er noch 770 Paar Holzschuhe. Die Arbeiter wären zufrieden, wenn sie wenigstens Holzschuhe bekämen. Besonders notwendig wären Holzschuhe für die Brauerei- und Steinbrucharbeiter.

Beheizung! Trotzdem die Steiermark ein waldreiches Land ist und wir auf Kohle sitzen, erhielt die Bevölkerung nicht das notwendige Brennmaterial zugewiesen. Monatlich erhält jeder Haushalt 50 kg Kohle, das sind jährlich 600 kg Kohle. Diese Menge kommt jedoch auch nur nach Vorratslage zur Ausgabe.

Es taucht bei der Industriebevölkerung die Meinung auf, der Bauer und der Händler lebe in Saus und Braus. Die Arbeiter dürften wohl arbeiten, erhielten aber nichts von den Produktionsgütern. Aus diesem Grunde war es notwendig, einen Kontrollapparat zu schaffen, der die Aufbringung und Verteilung der Wirtschaftsgüter wahrnimmt. Hiezu wurden die Versorgungsausschüsse geschaffen. Diese haben die Aufgabe, festzustellen, wieviel Nahrungsmittel die Bevölkerung Steiermarks durch die Ablieferung der Land-

wirte erhält, wieviel Industriewaren produziert werden und wie die Verteilung dieser Güter vor sich geht. Es muß festgestellt werden, daß die Bauern und Arbeiter sich sehr gut verstanden haben. Die Bauern haben uns weitgehendst Einblick gewährt, haben die gesamten Unterlagen geliefert. Wir konnten genau sehen, wie groß die Anbauflächen sind und was sie imstande sind abzuliefern. Andererseits konnte man den Bauern die Industrieerzeugnisse nicht bekanntgeben, weil die Produktionsziffern von der Handelskammer nicht veröffentlicht wurden.

Es haben sich Fälle ereignet, die die Meinung auftreten ließen, die Kaufleute wollten anstatt zu verkaufen, die Waren horten. Wir verstehen die Kaufleute. Die Währungsfrage ist noch ungeklärt. Wenn der Kaufmann verkauft, weiß er nicht, zu welchem Preis er einkaufen wird, deshalb versucht er zu horten. In dieser Zeit furchtbarster Not dürfen wir dies aber nicht zulassen. Es war daher notwendig, Geschäftskontrollen vorzunehmen. Diese Geschäftskontrollen nahm man zum Anlaß, die Versorgungsausschüsse zu beseitigen.

Aus den angeführten Gründen hat sich die sozialistische Fraktion erlaubt, heute eine dringliche Anfrage zu unterbreiten, die ich nun zur Verlesung bringe:

Dringliche Anfrage der Abg. Wurm, Maria Matzner und Genossen an den Herrn Landeshauptmann Pirchegger, betreffend die Ernährungs- und Beheizungsfragen und die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidern, Wäsche, Strümpfen, Schuhen u. dgl.

1. Die Ernährungslage im Lande Steiermark ist weiter äußerst gespannt. Wie aus der Presse zu ersehen ist, ist eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung zu erwarten, dies, trotzdem Bundeskanzler Ing. Figl bei der Feier des Anblasens des Donawitzer Hochofens für die allernächste Zeit die Erhöhung der Kalorien auf 1550 zugesagt hat. Es besteht die Gefahr, daß nicht einmal die Kalorienbasis von 1200 eingehalten werden kann. Die Unterernährung bei den Kindern und insbesondere bei den Jugendlichen nimmt erschreckende Formen an. Bei vielen Lehrlingen der Alpine Montangesellschaft wurden Untergewichte von 18–20 kg festgestellt.

2. Ab 1941 ist die Bevölkerung in Steiermark nicht mehr ordnungsgemäß mit Kleidern, Wäsche, Strümpfen und Schuhen versorgt worden. Nicht einmal für die allerdringlichsten Fälle sind die notwendigen Artikel vorhanden. Dazu kommt jetzt noch die große Zahl von Heimkehrern, die einerseits nichts mehr von ihren früheren Kleiderbeständen vorfinden, andererseits — wenn noch etwas vorhanden ist — sind diese Kleider bereits unbrauchbar geworden. Außerdem sind die vielen Ausgebombten und Ausgeplünderten zu berücksichtigen. Die vorhandenen Kleider, Wäsche und Strümpfe sind in der Zeit seit 1941 verbraucht worden, so daß die Leute vor dem Nichts stehen. So werden im kommenden Winter, wenn nicht noch im letzten Moment Abhilfe geschaffen werden kann,

viele Arbeiter und Frauen ihre Arbeit nicht aufnehmen und viele Kinder die Schule nicht besuchen können, weil sie nichts zum Anziehen haben.

Die Tätigkeit der Versorgungsausschüsse ist durch die letzten Ereignisse in Frage gestellt worden. Die Versorgungsausschüsse haben eine wichtige Aufgabe in der heutigen Zeit zu erfüllen und haben im Interesse der Allgemeinheit gute Arbeit geleistet. Ihre Beseitigung oder die Einschränkung ihrer Tätigkeit würde von den weitesten Kreisen der Bevölkerung nicht verstanden werden.

Es wird daher an den Herrn Landeshauptmann Pirchegger folgende dringliche Anfrage gestellt:

„1. Ist der Herr Landeshauptmann gewillt und in der Lage, erschöpfenden Aufschluß über die Aufbringung

- a) der notwendigen Lebensmittel,
- b) des notwendigen Brennstoffes und
- c) über die Beschaffung der erforderlichen Kleider, Wäsche, Strümpfe und Schuhe zu geben?

2. Kann der Herr Landeshauptmann zur Beruhigung der Bevölkerung mitteilen, daß im eigenen Lande alles getan wurde, um den bestehenden und verstärkt zu erwartenden Schwierigkeiten zu begegnen und ist er in der Lage zu berichten, was von Seite der Bundesregierung in all diesen Belangen vorgekehrt worden ist, damit drohendes Unheil hintangehalten wird?

3. Kann der Herr Landeshauptmann dem hohen Landtag beruhigende Mitteilungen darüber machen, daß die Tätigkeit der Versorgungsausschüsse in Hinkunft fortgesetzt wird?“

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich bitte, diese dringliche Anfrage zu besprechen und wir ersuchen, so rasch als möglich Abhilfe zu schaffen, damit die Bevölkerung Steiermarks mit den notwendigen Wirtschaftsgütern versorgt werden kann. (Beifall.)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann Pirchegger: Hoher Landtag! Sehr verehrte Frauen und Herren! Es ist mir sehr darum zu tun, daß die gesamte Bevölkerung Steiermarks von dieser Stelle aus erfahren soll, wie sich der Landeshauptmann und seine Mitarbeiter in dieser kritischen Zeit bisher betätigt haben und wie sie sich weiterhin mit ihrer Aufgabe befassen werden. Was bisher geschehen ist, stößt auf starke Kritik. Dies ist mir begreiflich. Wenn uns genügend Waren zur Verfügung stehen würden, um unseren Lebensunterhalt zu sichern, so wäre manche Klage erledigt. Leider ist dem nicht so. Ja, ich konnte nicht selten hören bei meinen Wanderungen über Land, in den Dörfern und in den Landbezirken: „Jetzt geht es uns noch schlechter als unter den Nazis.“ Jawohl! Ganz sicher! Jedermann, der noch irgend den klaren Blick behalten konnte und abzuschätzen vermag und abzuschätzen vermochte in der Vergangenheit, was nach dem furchtbaren Zusammenbruch eines verbrecherischen Regimes

folgen mußte und folgen muß, der weiß, daß da Aufgaben erwachsen für die Führer eines Volkes, die kaum zu meistern sind. Wir wir voriges Jahr so ganz unvermittelt in den ersten Maiwochen hier die Arbeit übernehmen mußten zum Wohl des Vaterlandes und unserer Heimat, darf man nicht vergessen, daß uns damals nichts zur Verfügung gestanden ist, was uns überhaupt für die Zukunft eine leidliche Aussicht der Lebensmöglichkeit geboten hätte. Wir waren mit einem Zusammenbruch verstrickt, der fürchterlicher nicht mehr hätte sein können und ich glaube kaum, daß jemand in der Geschichte der Menschheit so weit zurückblättern kann, um derartige Verfallserscheinungen verzeichnet zu finden. Nun, wir sind an die Arbeit gegangen, gemeinsam alle drei demokratischen Parteien. Die Arbeit war nicht fruchtlos und es muß von jedem objektiv denkenden Menschen anerkannt werden, daß die Bemühungen, denen sich seit der Zeit die Landesregierung unterzogen hat, doch einigen Erfolg aufzuweisen haben. Aber nichtsdestoweniger drückt uns die Not an allen Ecken und Enden und ganz besonders hart ist die Versorgungslage. Ich stehe nicht an zu erklären, daß unsere Versorgungslage heute noch ebenso gespannt ist, wie wir sie seit den Märztagen dieses Jahres immer wieder vor uns haben. Bis Ende März dieses Jahres war die Britische Besatzungsbehörde berufen, uns die fehlenden, Lebensmittel zuzuschicken. Der Apparat, den die Briten zur Verfügung stellten, wobei sie uns zu gemeinsamen Beratungen eingeladen hatten, hat funktioniert. Wir hatten keinen Überfluß zu verzeichnen, aber wir konnten mit einiger Sicherheit auf 4 Wochen voraus kalkulieren, welche Mengen an Lebensmitteln aufgerufen werden können, die auch zur Ausgabe gelangt sind. Dann war eine Änderung eingetreten über Beschluß des Alliierten Rates. Es wurde die sogenannte UNRRA-Hilfe in Aktion gesetzt und diese Umwandlung unserer Hilfe, die von außen kommen sollte, hat für uns in Steiermark ganz ernste Folgen nach sich gezogen. Es konnte schon in den ersten 14 Tagen des Monats April festgestellt werden, daß die Organisation der UNRRA nicht so ausgebaut ist, um auch wirklich funktionieren zu können. Wir haben uns mit der Britischen Militärbehörde wiederholt am Beratungstisch zusammengefunden, um dem Elend und der Not zu steuern, die sich vor uns auftürmte. Es ist ja langsam, langsam leichter geworden, die UNRRA-Organisation wurde vervollkommen, doch ein Nachteil hat uns bis in die letzten Tage hart verfolgt und das ist die Tatsache, daß unser Standesausweis über die Verpflegsanzahl im Lande Steiermark in Wien vom zuständigen Ernährungsministerium durch Monate hindurch und zuletzt auch von der Alliierten Kommission nicht anerkannt wurde. Ich brauche hier keine Zeugen aufrufen, obwohl sie bei der Hand sind, z. B. der Herr Abg. Wurm oder Dr. Weiß von der Arbeiterkammer und so manche andere, die im Landesversorgungsausschuß mitwirken und Zeugen sind von unseren Bemühungen in Wien, den Standes-

ausweis unserer Verpflegsanzahl, gestuft nach den einzelnen Kategorien, in Wien anerkannt zu bekommen. Erst am 5. d. M. konnte ich in Wien feststellen, daß zumindest im Ernährungsministerium endlich unseren Anträgen, und zwar begründeten Anträgen und begründeten Nachweisen auch Glauben geschenkt wird. Diese Tatsache der Nichtanerkennung hat uns von Versorgungsperiode zu Versorgungsperiode, in immer neuerliche Schwierigkeiten bringen müssen, denn die Zuweisungen durch die UNRRA, respektive durch das Ernährungsministerium, waren in der Höhe gehalten, daß wir bei Einhaltung des 1200-Kaloriensatzes mit Zulagekarten für Schwer- und Schwerstarbeiter und Angestellte für vier Wochen kaum die Mengen zugewiesen erhielten, die wir in drei Wochen verbrauchten. Dadurch entstand immer Lücke für Lücke und so steht es auch heute noch zum Teil, wenn auch nicht mehr so kraß. Es fehlen uns aus den Juni-, Juli- und August-Zuweisungen noch rund 1900 Tonnen wertvollster Lebensmittel. Über diese Lücken mußten wir immer und immer wieder aus den Beständen der Heimat, der Eigenaufbringung zuschießen, um wenigstens die allerstrengsten Härten in der Versorgung zu vermeiden. Nun hoffe ich, daß, nachdem das Ernährungsministerium unsere Unterlagen anerkannte, daß es auch die Zuweisungen in dem Ausmaß vornimmt, wie sie begründet erscheinen. Da habe ich gestern wieder einen Ausweis vom Ministerium bekommen, welche Mengen Lebensmittel uns für die jetzige Versorgungsperiode zugewiesen werden und da war ich wieder äußerst ernst gestimmt, weil sich Lücken ergeben, die wir aus unserer heimischen Aufbringung kaum zu decken vermögen. Es ist die Versorgungslage außerordentlich gespannt und ich muß da noch hinzufügen, daß von Anfang September an Verhandlungen gelaufen sind mit der UNRRA, mit dem Ernährungsministerium über die Verwendung und Heranziehung der neuen Ernte innerhalb unseres Landes und da wurde auch vom Präsidenten der UNRRA, La Guardia, der Meinung Ausdruck verliehen, man solle die eigene Ernte vorerst nicht in Anspruch nehmen, solange die UNRRA in der Lage ist, zu liefern und sie werde liefern und erst als Lückenauffüllung solle die neue Ernte in Betracht kommen. Es wurde sogar ein ganz dezidiert ausgearbeiteter Plan vorgelegt, nach welchem ab 1. Oktober dieses Jahres von der jährlichen Ernte nur ein Zwölftel in Anspruch genommen werden darf. Alles übrige soll durch die UNRRA eingebracht werden. Nun sehen wir uns momentan vor die Tatsache gestellt, daß die bestgemeinten Absichten der UNRRA-Leitung auch durchkreuzt werden konnten durch die Tatsache, daß die Anlieferungen nach Österreich sich nicht in dem Maße bewerkstelligen lassen, wie es notwendig wäre. Ich hatte am Freitag, den 4., in Wien eine eingehende Aussprache, wie wir jetzt der momentan aufgetretenen Schwierigkeiten Herr werden könnten. Ich habe sofort telefonisch nach Graz den Auftrag gegeben, alle Vorkehrungen zu treffen, damit die In-

landsaufbringung an Brotgetreide sofort und nachhaltig durchgeführt wird. Daß der Nachrichtenapparat im vollen Umfange zu funktionieren vermochte, beweist die Tatsache, daß in den verstreuten Landgemeinden draußen die Gendarmerie die Bürgermeister in Kenntnis setzte von der raschesten Ablieferungspflicht des vorhandenen Brotgetreides. Es wird auch fleißig geliefert. Daß diese Anlieferungen nicht gar zu stark unsere berechtigten Hoffnungen erfüllen können, muß uns allen klar sein, weil ja das jährliche Aufkommen an Brotfrucht im Lande Steiermark im besten Falle nur auf zwölf Wochen reichen kann. Selbst dann, wenn man mit dem Gedanken spielen würde — und solche Wahrnehmungen mache ich seit geraumer Zeit —, daß man dem Bauern jedes Körnchen Ernte von vorneherein aus der Hand nimmt und ihn dann auf Schmalkost setzen würde, je nach Vorhandensein der Vorräte, selbst dann würde sich, wenn nicht vom Auslande Anlieferungen getätigt werden könnten, keine wesentliche Verbesserung auf die Dauer in punkto Brotversorgung ergeben. Aber eines wäre damit erreicht, daß dann auch die willigsten Arbeitskräfte, die sich heute im Heimatland noch befinden und sich bisher alles ruhig gefallen ließen und alles mit Geduld auf sich genommen haben, daß auch diese Kreise abgestoßen und zur Gleichgültigkeit verurteilt würden. Wir täten besser, bevor wir solche Gedanken irgendwie auch nur vorsichtig äußern, der Landbevölkerung mit Arbeitskräften zu Hilfe zu kommen, damit sie ihren harten Aufgabenkreis weiter bewältigen könnte; besonders im heurigen Spätsommer und Frühherbst hat sich infolge der Witterungseinflüsse die Arbeit auf dem Lande derart zusammengedrängt, zunächst die Gemüse-, dann die Obst-, die Kartoffelernte und die Anbauarbeit u. dgl., daß für die Druscharbeiten in den seltensten Fällen rechtzeitig vorgesorgt werden konnte.

Nun, wie weiter? Ja, meine verehrten Frauen und Herren, es ist nicht leicht, sich jetzt durchzubeißen. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, draußen am Lande zu hören, wie sich die Bauern zur heutigen Lage einstellen. Selten begegnet man einem Widerspruch, wohl aber häufig dem Wunsche, wenn es doch einmal anders würde! Überall, in jedem Bauerndorf, herrscht die Erkenntnis, daß wir für ein Verbrechen büßen müssen, an dem wir unschuldig sind. Wenn wir diese Erkenntnis unserer gesamten Bevölkerung deutlich, klar und verständnisvoll beibringen könnten, bin ich überzeugt, daß das Sprichwort wahr werden könnte: Geteiltes Leid ist halbes Leid. Daß ich bisher nichts unversucht gelassen habe, um immer wieder die Regierung in Wien auf unsere trostlosen Verhältnisse aufmerksam zu machen, dafür bedarf es meines Erachtens keiner Beweise. Die Tatsache ist maßgebend für mich, daß ich wiederholt — und die Mitglieder des Landes-Versorgungsausschusses werden dies bestätigen — wahrnehmen mußte, daß draußen im Ernährungsministerium, wenn man nicht den Minister selbst oder seinen ersten Sektionschef glücklicher-

weise trifft, mit dem übrigen Personal in diesem Ministerium kaum ernstlich über diese schwierigen Probleme verhandeln kann, weil dies zwecklos ist. Das ist eine Tatsache, die ich auch dem Herrn Bundeskanzler unverblümt gemeldet habe. Diese Tatsache bedrückt mich außerordentlich schwer, daß wir hier alles zusammenziehen, um der Not abzu- helfen und einzelne Stellen in Wien so tun, als ob unsere Not nur eine Mache sei.

Wenn ich nun die konkrete Frage beantworten soll, ob ich gewillt und in der Lage bin, erschöpfenden Aufschluß zu geben über die Auf- bringung der notwendigen Lebensmittel, so glaube ich, daß ich durch meine bisherige Tätigkeit bereits den klaren Beweis hiefür erbracht habe. Es kommt nicht selten vor, daß ich besonders unter meinen Berufsangehörigen hart beurteilt werde. Ich kann und will nichts beschönigen, ich bin außerordentlich dankbar und will es gerne anerkennen, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Bauernschaft seiner Ablie- ferungspflicht gerne nachkommt. Leider Gottes sind auch andere Elemente feststellbar. Gegen diese habe ich bisher keine Schonung geübt. Sie werden erst dann in Ruhe gelassen werden, wenn sie ihren Pflichten nachkommen wie viele andere Berufsange- hörige auch. Auf diese Frage kann ich mit einer Selbstverständlichkeit antworten. Ich bin mir keiner Unterlassungssünde bewußt, daß die im Lande vor- handenen Lebensmittel etwa nicht aufgebracht würden, soweit sie erfassbar sind. Nun wird mir vielleicht vorgehalten werden, daß doch so und so- viel irgendwie unter den Tisch fällt und daß man da und dort Wahrnehmungen macht, daß nicht alles nach dem Rechten geht. Ja, leider Gottes! Wie in allen übrigen Berufsschichten, gibt es auch unter der Bauernschaft Leute, die wir als schwarze Schafe betrachten, aber nicht nur aus alleiniger Schuld dieser Leute, sondern auch aus Mitschuld anderer Berufsgruppen. Hätte der Bauer keine Versuchung zu bestehen und wäre er nicht ganz unerträglichen Versuchungen ausgesetzt, würde sich mancher leichter beherrschen können. Aber die Versuchungen in dieser Notzeit sind nun einmal so groß und man findet es auch verständlich, wenn die Städter oder Fabriksangehörigen alles versuchen, um ihre eigene Haushaltsführung zu verbessern. Wenn jedoch irgendwelche unreelle Geschäfte festgestellt werden, der Bauer kommt sicher zum Handkuß, nicht aber der Versucher, der kommt sehr häufig durch. Daß trotzdem beim Schwarz- und beim Schleichhandel sehr stark auf die Fersen getreten wird, beweist wohl der Bericht des Sicherheitsdirektors über das Ergebnis im abgelaufenen Monat, nach welchem wieder eine ganz erkleckliche Anzahl von Beanstan- dungen und Feststellungen gemacht und Waren be- schlagnahmt wurden, die sonst dem Schleichhandel verfallen wären.

Jetzt möchte ich noch auf eines zurückkommen. Der Ausweis, den ich früher erwähnt habe, der mir von Seite des Ernährungsministeriums gestern zu- ging, weist einen Lebensmittelbedarf für eine Zu- teilungsperiode einschließlich der Winterbevor-

ratungen für vier Zuteilungsperioden auf. Wir stehen ja jetzt knapp vor dem Winter und müssen daher eine Reihe von Gemeinden — sie verteilen sich auf 9 Bezirkshauptmannschaften — für vier Zuteilungs- perioden im vorhinein versorgen, damit im Winter in diesen abgelegenen Gebieten keine Katastrophe eintritt. Wir haben dazu nötig an Mehl 7861 Tonnen. Wenn man nun die Zuteilung und die Eigenaufbrin- gung aus noch vorhandenen Restbeständen zu- sammennimmt, so ergibt sich trotzdem noch ein un- gedeckter Abgang von 3769 Tonnen. Ob wir nun diesen ungedeckten Abgang aus der Eigenaufbrin- gung, die jetzt läuft, bis zum Ende der Versorgungs- periode aufbringen können, ist mir noch nicht klar. Erleichtert wird die Situation durch die Meldung, die ich heute von der Einfuhrgesellschaft erhalten habe, daß bereits 1680 Tonnen Brotmehl Arnoldstein passiert haben und nach Steiermark rollen.

Bei Fleisch ist ein Bedarf von 1903 Tonnen, davon 1496 Tonnen normal und 407 Tonnen für die abge- legenen Gebiete als Winterbevorratung. Davon können 550 Tonnen durch Eigenaufbringung gedeckt werden. Diese 550 Tonnen Eigenaufbringung sind für die steirische Viehwirtschaft momentan die äußerste Anspannung. Wenn wir dieses Eigenauf- kommen erhöhen wollten, so müßten wir auf den Milchviehstand greifen und das würde uns in der Milch- und Fettversorgung wieder arge Lücken reißen. Es ist also ein Fleischbedarf von 1202 Tonnen ungedeckt, der bisher immer durch Konserven- zuweisungen abgedeckt wurde. Ob nun die bereits wieder zugesagten Konservenlieferungen in dieser Zuteilungsperiode noch einlaufen, kann ich nicht behaupten.

Bei Fett benötigen wir 404 Tonnen, davon 87 Tonnen für die Winterbevorratung. Diese Mengen sind vollkommen abgedeckt. Sie stehen zur Ver- fügung. Ebenso geht es uns bei den Nährmitteln, bei denen keine offene Lücke feststellbar ist. Wohl aber besteht eine Lücke beim vielbegehrten Zucker. Beim Zucker fehlen uns 126 Tonnen, die zur knappen Versorgung der Bevölkerung notwendig wären. Es sollen zwar 150 Tonnen Zucker aus der Tschecho- slowakei anrollen, wovon ich aber bis heute nichts bemerkt habe. Sie sehen also aus dieser unver- blünten Darstellung, daß die Eigenversorgung und die Sicherheit unserer Versorgung außerordentlich angespannt ist und daß ich auf die Bauern ganz energisch einwirken muß, damit die Ablieferung der Brotrüchte möglichst rasch vor sich geht.

Nun bezüglich des Brennstoffes. Da wurde ich auch durch einen Brief der Militärverwaltung des Britischen Elementes aufmerksam gemacht, daß die Aufbringung des Brennholzes außerordentlich un- befriedigend vor sich geht und daß bis zum heutigen Tage nur 27 % der angeforderten Menge greifbar wären. Nun habe ich aber am vergangenen Samstag abends, als ich nach Hause kam, in Bruck und von Mürzzuschlag aus die Mitteilung erhalten, daß die Brennholzaufbringung in diesen sehr stark in Be- tracht kommenden Bezirken auf 75 % angelaufen ist. Diese 75 % sind greifbar. Von der Landesforst-

direktion habe ich heute einen Ausweis bekommen, der 54 % der aufgetragenen Menge als aufgebracht ausweist. Ungemütlich ist die Frage der Abfuhr und die Zufuhr in die Verbrauchsorte. Wie wir dieser Frage begegnen, ist mir heute noch nicht klar. Ich gebe zu, daß nach Abschluß der Obst- und Kartoffelernte Kraftwagen reichlicher zur Verfügung stehen werden und es hängt viel davon ab, daß die Wegverhältnisse noch solange günstig bleiben, bis der größte Bedarf zumindest in die Industrieorte und die Städte gebracht ist. Im obersteirischen Gebiet ist die Holzabfuhr seit Menschengedenken immer ein besonderes Winterfuhrwerk und dürfte daher keine Sorge beinhalten. Daß die Brennstofffrage so angespannt ist, hat einen Teil seiner Begründung wohl darin, daß unsere Bergarbeiter leider nicht mit den notwendigen Lebensmitteln versorgt werden können, um ihre volle Arbeitskraft auszunützen. Wenn ich in der Lage wäre, unsere Berg- und Hüttenarbeiter mit soviel Lebensmitteln einzudecken, daß sie sich wirklich zu jeder Mahlzeit sattessen könnten, bin ich überzeugt, daß sie alle Kräfte anspannen würden, um aus den heimischen Gruben das Erdenkliche herauszubringen. Freilich wurde mir am vergangenen Freitag, das war am 4. d. M., vom Handelsministerium in Wien die Zusicherung gegeben, daß auch die Kohlenversorgungsfrage eine Erleichterung erfahren wird, weil die neuen Verhandlungsabschlüsse mit Polen und der Tschechoslowakei günstige Erfolge in Aussicht stellen. Ich will gerne hoffen, daß diese Trostorte vom 4. d. M., die ich in Wien erhalten habe, sich ehebaldigst in Steiermark auch wirklich fühlbar machen werden.

Und nun einiges über die Beschaffung der erforderlichen Kleider, Wäsche, Strümpfe und Schuhe. Schauen Sie, meine verehrten Frauen und Herren, hier will ich auch nicht hinter den Berg halten. Ich habe wiederholt gegenüber verschiedenen Deputationen der Arbeiterschaft betonen müssen, daß ich selbst die Entwicklung auf dem Sektor der Bekleidung und Beschuhung für die nächsten Monate außerordentlich besorgt und trübe ansehe. Die Tatsache muß uns allen klar sein, daß für die notwendige Spinnstoffherzeugung zu wenig Rohmaterial vorhanden ist. Ich bekomme von Wien ständig Nachricht, daß die größten Bemühungen bestehen und einzelne Erfolge sich auch bereits zeigen, Rohmaterial vom Ausland hereinzubekommen. Wir haben aber auch in Steiermark nicht die nötige Anzahl Spinnereien und Webstühle. Diese Arbeiten müssen in anderen Bundesländern forciert werden. Wenn also der uns fehlende Rohstoff hereinkommt, wird die Situation eine Erleichterung erfahren. Ich habe es aber trotzdem nicht unterlassen, mich bei der UNRRA und auch bei unserer Zivilverwaltung der englischen Besatzungsmacht zu orientieren, ob nicht doch aus alten Monturbeständen zumindest brauchbare Arbeitskleidung gegen Bezahlung erreichbar wäre. Ich habe Nachricht bekommen, daß durch die UNRRA etwa 45 Tonnen brauchbarer Arbeitskleidung und durch die englische Zivilver-

waltung, wenn ich nicht irre, 25 Tonnen in nächster Zeit bei uns eintreffen werden. Ich will gerne hoffen, daß diese Nachschübe unserer Steiermark wirklich ungeteilt zukommen können, damit wir wenigstens den armen Heimkehrern, die in Lumpen daherkommen, eine gute Hose überantworten können. Es ist wirklich ein großer Jammer, wenn man sich so vor Augen führt, wie man jetzt die Heimkehrer entgegenkommen sieht und sich dabei denken muß, daß vielleicht auch der eigene Sohn so kommt und daß ich ihm nichts Anständiges bieten kann. Da könnte einem das Herz brechen über der furchtbaren Not, die uns drückt.

In punkto Schuherzeugung wird vielleicht noch nach mir eine ganz klare Aufstellung erfolgen, ebenso hinsichtlich der Spinnstoffe. Tatsache ist für uns in der Steiermark, daß wir auch im tiefsten Frieden vor 1934, ja vor 1914 den eigenen Bedarf an Rohmaterialien nicht aufbringen konnten aus unseren eigenen Schlachtungen und daß auch im tiefsten Frieden mindestens 40% des Rohmaterials aus der Einfuhr abgedeckt werden mußte. Das war zu einer Zeit, in der die Bevölkerung voll mit Fleischwaren befriedigt werden konnte, also ausgiebige Schlachtungen vorgenommen wurden. Heute haben wir weder eine Leder- noch Lebendvieheinfuhr zu verzeichnen und unser heimischer Viehbestand reicht leider bei weitem nicht hin, den Rohmaterialbedarf zu decken. Die verringerten Schlachtungen, die trotzdem unseren Viehstand sehr stark gefährden, reichen bei weitem nicht hin, um das nötige Rohmaterial zu liefern. Daher ist auch die Schuherzeugung im Heimatland selbst mangelhaft im Vergleich zum Bedarf. Wie wir diese Härten überwinden können, ist mir wirklich noch nicht klar. Ich kann die Lage nicht irgendwie beschönigen, weil ich es nicht verantworten könnte, dem Volke etwas vorzuschwätzen, was ich selbst als nicht wahr empfinde.

Nun zur zweiten Frage: „Kann der Herr Landeshauptmann zur Beruhigung der Bevölkerung mitteilen, daß im eigenen Lande alles getan wurde, um den bestehenden und verstärkt zu erwartenden Schwierigkeiten zu begegnen?“ Aus meinen bisherigen Ausführungen wolle der Hohe Landtag entnehmen, daß wir bisher alle Mühe aufgewendet haben, um aus der eigenen Erzeugung aufzubringen, was möglich ist und daß wir auch fürderhin keine Mühe scheuen, um unseren Pflichten auf diesem Gebiete nachzukommen, wenn auch das Ergebnis nicht befriedigen kann. Mein Gott, wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind. Ich habe schon früher betont, auf welcher kurzen Zeit die eigene Versorgung in der Brotfrucht gegeben ist. Bei Milch- und Molkereiprodukten kommen wir langsam zur eigenen Bedarfsdeckung. Aber es braucht unendlich viel Mühe, um dieses Ziel zu erreichen. Nicht bloß, daß bei den Molkereien sehr viel nachzuholen ist und die Anlieferung von den Bauern immer wieder neuerlich betrieben werden muß, ist der Milchertrag, der zur Ablieferung kommt, pro Kuh und Jahr auch für mich als einfachen Bauern ganz unbefriedigend. Wir haben in unserer Steiermark Gebiete, wo sich

sehenswerte Tatsachen in punkto Milchaufbringung feststellen lassen, aber auch weite Gebiete, wo ich den Bauern anlässlich von Versammlungen ruhig ins Gesicht sage, daß ich mich schämen müßte als Bauer der Obersteiermark, wenn ich kein größeres Quantum zur Ablieferung bringen könnte. Und doch finde ich auch dort, in diesen Magergebieten, möchte ich sie nennen, einige Begründungen, und zwar vor allem in der Tatsache, daß voriges Jahr die allgemein große Futternot eingesetzt hat und daß leider viele Bauern es ganz übersehen haben, ihren Viehstand rechtzeitig auf das mögliche Ernährungsmaß einzuschränken. Dadurch waren große Verluste an Fleisch zu verzeichnen und nicht bloß an Fleisch, sondern auch an Milch, denn auch das Milchvieh mußte unter diesem Futtermangel sehr schwer leiden. Kein Fachmann wird mir einreden, daß sich solche Rückgänge an der Milchleistung, die durch den Futtermangel bedingt sind, in absehbarer Zeit wieder aufholen lassen. Wenn eine Kuh einmal verdorben, „zusammengefüttert“ ist, kann man mindestens 2 Jahre mit Geduld warten, bis wieder eine Leistung zu verzeichnen ist. Es hat an der Einsicht der Bauern selbst gefehlt, andererseits war auch die Ursache maßgebend, seinem Viehstand unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, weil die Schmälerung des Viehstandes sich unbedingt nächstes Jahr bei der Ernte auswirken muß, und zwar wegen Düngermangels. Hätten wir die notwendige Kunstdüngerzufuhr, wäre einiger Ausgleich möglich. Ich habe beispielsweise in meiner eigenen Wirtschaft notgedrungen, weil ich 1945 keine Fuhr Heu ernten konnte und nur auf die Grummeternte angewiesen war, ein Drittel des Viehstandes abgestoßen und größtenteils dem Fleischhauer überantwortet. Den Kuhbestand wollte ich unter allen Umständen halten und habe ihn auch gehalten und habe getrachtet, die Milchleistung aufrechtzuerhalten und es ist mir auch gelungen. Aber eine andere Seite zeigt sich: Ich habe im heurigen Herbst nicht den notwendigen Dünger, um die Fruchtfolge im Betriebe aufrechtzuerhalten. Wie sich das im nächsten Jahre auswirkt, ob ich im nächsten Jahr eine solche Kartoffelernte zu verzeichnen habe wie heuer, da ich keinen Kunstdünger habe, sondern nur den Stallmist und an diesem zu wenig, weiß ich nicht. Ich hoffe aber auf eine günstige Witterung, die manches ausgleichen kann, aber normal gerechnet, müßte sich das beim nächsten Ernteertrag ganz deutlich bemerkbar machen. Es ist eben die Milchaufbringung, wenn auch stark forciert, noch nicht zu jener Höhe gelangt, die man billigerweise erwarten könnte. Aber es wird nichts unversucht gelassen und der letzte Bergbauer wird immer wieder ermahnt und darauf gedrängt, sein möglichstes zu leisten. Wenn ich mir den Ausweis unserer Molkereien vor Augen halte, wie sich die Milchlieferung jetzt stellt, muß man anerkennen, daß der vielgeschmähte Milch- und Fettwirtschaftsverband doch einiges im Interesse der heimischen Versorgung leistet. Wenn wir uns vor Augen halten, daß im September eine Milch-

anlieferung von 8,424.000 kg gegenüber dem Vorjahre von 6,115.000 kg figuriert, muß man zugeben, daß sich im Herbst, im Monat September eine ganz erhebliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahre zeigt. Wir werden nichts unversucht lassen, daß diese Entwicklung weiter anhält. Freilich bin ich mir klar, daß, wenn die Trockenfütterungsperiode einsetzt, ein sehr starker Ausfall zu verzeichnen sein wird. Wir müssen uns auch klar sein, daß die Fettversorgung bei uns heute lediglich auf das Milchaufkommen abgestellt ist und daß wir uns alle Mühe nehmen und nichts unversucht lassen werden, daß die Milchleistung weiter steigt. Auch dadurch wollen wir zu Hilfe kommen, daß wir aus den Nachbarländern Milchvieh hereinbringen, besonders um die schwer betroffenen Gebiete Oststeiermarks wieder aufzustocken.

Nun die Obstaufbringung. Auf diesem Gebiet höre ich von Tag zu Tag Urteile, die einer Lästerung gleichkommen. Der Apparat hätte hier gründlich versagt und was an Obst draußen in der Oststeiermark verfaulen müsse, das mache Hekatomben aus. Nun, meine verehrten Frauen und Herren, ich habe sicherlich nicht den Ehrgeiz, als unfehlbar zu gelten, ich kenne meine Schwächen und weiß, daß ich nicht in der Lage bin, justament mit jeder Anordnung alles so zu treffen, daß kein Fehler passieren kann, aber im Punkt Obstaufbringung glaubte ich doch, daß der Apparat gut darauf eingespielt und daß die vermeintliche Verderbnis beim Obst nicht allzu hoch einzuschätzen ist. Wir haben uns vor ganz kurzer Zeit die Mühe genommen, die Herren Kollegen Machold, Horvatek, Hollersbacher und ich, und haben es unternommen, weite Gebiete des Obstbaues abzugrasen, um festzustellen, welche Obstmengen dem Verderb preisgegeben sind. Spät abends mußten wir feststellen, daß alle diese Schilderungen in der Presse und durch Flüsterpropaganda wegen des Obstverderbes bei den Haaren herbeigezogen sind, um der Regierung Vorwürfe machen zu können, sie unternimmt nichts, sie übersieht alles, sie tut nichts oder sie will nicht. Ich würde es keinem einzigen Arbeiter verwehren, der wirklich seine ganze Kraft einsetzt, um das Beste zu leisten und seinen Posten auszufüllen, wenn dieser Arbeiter dann noch von seinem Vorgesetzten, Meister oder Direktor, beschuldigt wird, ein Faulpelz zu sein, wenn dieser Arbeiter sich dagegen auflehnt. Ich billige ihm zu, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren. Das muß man aber auch der Regierung möglich machen. Wenn sie Vorwürfe bekommt, die weit über den Rahmen einer vernünftigen Kritik hinausgehen und nur dazu dienen sollen, das Ansehen der Regierung unter der Bevölkerung zu diskreditieren, ja die regierenden Männer als Sündenböcke für alles Unheil hinzustellen, das ist doch stark übertrieben und führt zu nichts gutem.

Ich bin gar nicht darauf aus, für alles, was die Regierung bis heute unternommen und geleistet hat, ein Lob einzuheimsen, aber ungerechte Vorwürfe möchte ich doch ganz ernst zurückweisen, weil wir dadurch auf einen Weg gedrängt werden, der uns

absolut nicht von Vorteil sein kann. Wir haben voriges Jahr am 10. Mai eine demokratische Republik präsentiert bekommen. Die Demokratie soll die Grundlage sein für all unser Tun und Lassen. Unser Vaterland soll nach demokratischen Grundsätzen regiert und aufgebaut werden. Diese Methode aber, die heute üblich ist, seit die Pressefreiheit wirklich Platz gegriffen hat, diese Methode führt uns den verkehrten Weg.

Nun bin ich noch verpflichtet, eine weitere Frage zu klären, die unter Punkt 2 angeführt ist. Was wurde von Seite der Bundesregierung in allen diesen Belangen getan, um das drohende Unheil hintanzuhalten? Wie weit die Bundesregierung jetzt momentan mit ihren Vorkehrungen steht, ist mir augenblicklich nicht möglich, festzustellen. Vorige Woche habe ich nur von den günstigsten Ansätzen Bericht erhalten. Wie weit diese Bemühungen draußen in Wien bis zum heutigen Tag von Erfolg gekrönt sind, werde ich morgen nachmittags bei der Bundesregierung wieder feststellen können und sie können versichert sein, daß es mir ganz ernst ist, die Bundesregierung auf unsere Schwierigkeiten in der ersten Weise aufmerksam zu machen und daß ich nichts verschweigen und ebenso offen wie hier alle Tatsachen vorbringen, auf alle Notwendigkeiten aufmerksam machen werde, die durchgeführt werden müssen, um der Bevölkerung wieder Beruhigung zu bringen.

Und nun die dritte Frage. Kann der Herr Landeshauptmann dem Hohen Landtag beruhigende Mitteilung darüber machen, daß die Tätigkeit der Versorgungsausschüsse auch in Hinkunft fortgesetzt wird? Ja! Ich habe infolge der Notverhältnisse, wie ich sie früher geschildert habe und wie sie uns im April klar zum Bewußtsein gekommen sind, im Einvernehmen und auf besonderes Anraten der damals noch vollauf funktionierenden Britischen Militärregierung den Entschluß gefaßt, eine Verordnung hinauszugeben, nach welcher in allen Bezirken und Gemeinden Versorgungsausschüsse gebildet werden sollen und müssen, damit auch die Nur-Verbraucher vollkommen Einblick bekommen in die Arbeiten der Aufteilung, der Aufbringung und Verteilung. Ich wollte damit bezwecken, daß auch die Vertreter der Verbraucher ganz klare Sicht bekommen, denn von mir aus gibt es nichts zu verheimlichen. Und die Erfolge haben sich auch gezeigt. Ich habe schon im November vorigen Jahres in meinem Heimatbezirk Mürzschlag Einrichtungen herauskristallisieren lassen, um mich zu überzeugen, wie ein solcher Apparat zu werten ist und die günstige Erfahrung in meinem Heimatbezirk war auch die Unterlage für die Herausgabe der Verordnung vom 29. April d. J. über die Bildung der Versorgungsausschüsse. Im großen und ganzen hat sich diese Einrichtung bewährt. Leider haben sich in zwei Bezirken Übergriffe einzelner bemerkbar gemacht und diese Übergriffe sollen auch wieder in die Schranken gewiesen werden. Man soll wieder auf den Wortlaut der Verordnung zurückfinden können. Nun hat eine heftige Gegenbewegung eingesetzt, insbesondere in den Ge-

bieten Leoben und Knittelfeld. Ja, von einer Seite wird die verfassungsmäßige Grundlage für diese Versorgungsausschüsse bestritten und in Zweifel gezogen. Da die verfassungsrechtliche Seite aufgezo-gen wurde, bin ich der Meinung, daß ich mir beim Verfassungsdienst in Wien unter allen Umständen klare Sicht verschaffen muß, wie sich der Verfassungsdienst zu dieser Frage stellt. Ich für meine Person verteidige die Versorgungsausschüsse so wie sie nach meiner Verordnung vom 29. April 1946 gemeint sind und nicht umgedeutet werden sollen, weil nach meinem Wissen und Können und Erfassung der Rechtslage solche Umdeutungen gar nicht vorkommen können. Nun, wenn Übergriffe geschehen sind, die Versorgungsausschüsse werden auch durch Menschen betreut und so wie es in einem Amte hie und da vorkommt, daß der einzelne Beamte unter Umständen trotz der genauen Richtlinien für sein Tun und Lassen doch auch ab und zu nach links und rechts abschwinkt, weil er sich in mancher Situation nicht recht klar ist und vielleicht sich selbst irgend-etwas zu seinem Ansehen zugute tun will oder gar von Verlockungen derart heimgesucht wird, daß er nicht die notwendige Charakterstärke aufbringt, solchen Verlockungen zu widerstehen, so geht es eben auch jenen Menschen, die in den Versorgungsausschüssen tätig sind. Es kommt dann zu Anweisungen, die darauf gerichtet sind, ihre Kompetenz und Befugnis zu erweitern. Wenn man aber die klaren Richtlinien wieder in den Vordergrund stellt, soll man sich auch wieder darauf zurückfinden können. Es sind die Versorgungsausschüsse aus der Not der Zeit geboren und nur für die Zeiten der Not gedacht, um dann wieder Selbstverständlichem Platz machen zu können. Das ist selbstverständlich, das wissen wir alle aus der Vergangenheit. Seinerzeit, nach den Jahren 1918, 1919, waren die Wirtschaftsausschüsse und andere Benamungen für Einrichtungen, die in der Verfassung nicht begründet waren und haben sich dann, als die notwendigen Bedarfsgüter in reichlichem Maße wieder zur Verfügung gestanden sind, von selbst verloren und so wird es auch bei diesen Versorgungsausschüssen sein. Für die Zeit der Not kann ich mir kein brauchbareres Instrument vorstellen, als alle Bevölkerungskreise mitteilnehmen zu lassen, um die Not zu erkennen und alle Vorkehrungen kennen zu lernen, die darauf abgestellt sind, um der Not nach Möglichkeit auf den Leib zu rücken und die leider so wenig vorhandenen Bedarfsgüter ihrer gerechten Verteilung zuzuführen. Ich bin überzeugt, daß die Menschen, die von der Not stark bedrückt sind, immer wieder sich leichter zurechtfinden, wenn sie wissen, daß die Verteilung der Mangelware gerecht und ordnungsgemäß zur Durchführung kommt. Wenn hingegen die Bevölkerung glauben sollte oder sehen müßte, daß das alles hinter verschlossenen Türen vorsichgeht, von der Verteilung niemand etwas wissen darf, gibt das zu unmöglichen Gerüchten Anlaß, obwohl wir gar nichts zu verbergen haben. Deshalb bin ich der Auffassung und der Überzeugung, daß auch weiterhin die Versorgungsausschüsse ihre

wohlthuende Wirkung beibehalten werden und daß, wenn schon verfassungsmäßige Zweifel auftauchen, ich solange in Wien Vorstellungen erheben werde, bis unserer Überzeugung Rechnung getragen wird. Sollte es sein, daß irgendwie in dieser Frage die Kompetenz des Landeshauptmannes angezweifelt wird oder die Kompetenz der Landesregierung, beratende Organe einzusetzen, würde ich darauf dringen, daß die Bundesregierung durch den Nationalrat die entsprechenden Grundlagen schafft.

So wollte ich in ganz kurzen Umrissen, wenn auch die Zeit schon etwas fortgeschritten ist, dem Hohen Landtage die Antwort geben auf die dringliche Anfrage und möchte Sie sehr gebeten haben, besonders einige Punkte zu beachten, die ich noch einmal herausstreichen will:

Die Landesregierung und der Landeshauptmann und die mitverantwortlichen Kräfte haben wirklich alles daran zu setzen versucht, um der Not der Zeit irgendwie an den Leib zu rücken. Wir versuchen alles, was im Inlande möglich ist. Wenn wir heute in der Zuteilung von Lebensmitteln vom Ernährungsministerium in Wien abhängig sind, so sind auch wieder Vorkehrungen getroffen, daß dieses unseren Ansprüchen gerecht wird. Wir sind soweit gegangen, daß wir einen eigenen Vertrauensmann draußen haben, der in der Zwischenzeit, während wir hier in Graz beschäftigt sind, alles daransetzt, durch telephonische Aufklärungen und Aufträge unseren Wünschen Nachdruck zu verschaffen. Wenn nicht alles erreichbar ist, ist es außerordentlich bedauerlich, aber ich will nichts versäumen durch eigene Fahrten und Vorstellungen und durch die Auswahl von Mitgliedern des Landes-Versorgungsausschusses, die auch hinausdelegiert werden, um meine Forderungen zu unterstützen, will alles daransetzen, um uns draußen mit Nachdruck vertreten zu lassen.

Aber auch auf dem Gebiete der Aufbringung im Inlande sollten wir alle daran denken, der heimischen Erzeugung von Lebensmitteln die größte Aufmerksamkeit zu widmen und der Bauernschaft dadurch den Anreiz zu geben, daß wir darauf dringen, ihr die notwendigsten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Hier muß ich ein offenes Geständnis ablegen: Ich war am vergangenen Samstag abends daheim, sah mir den Betrieb im Stall an und da kam ich zu folgender Überlegung. Meine Töchter arbeiten seit dem Jahre 1938, seit meiner Verhaftung, im Kuhstall, kaum, daß sie der Schule entwachsen waren und konnten sich bis heute fast keinen freien Sonntag erlauben. Sie hängen bei der Arbeit wie Kühe am Barren. Sie murren nicht, sie tun ihre Pflicht. Es ist für mich eine innere Befriedigung, die Kinder zur Arbeit erzogen zu haben. Aber wenn ich nachdenke, daß sie außer der Stall- und Hausarbeit auch die Feldarbeit mitbetreuen müssen und am Felde verschiedene Leute vorbeimarschieren und vorbeispazieren und diese arbeitsamen Menschen unter Umständen noch mitleidig belächeln, weil sie so dumm sind und sich zur Arbeit verwenden lassen, das bedaure ich außerordentlich. Da haben wir aus

diesem kleinen Ausschnitt die Tatsache abzuleiten, daß wir auf dem Gebiete der Jugenderziehung, der Einführung unserer Jugend in die nackte Wirklichkeit der Arbeit und des Lebens eine heilige Verpflichtung und Aufgabe zu erfüllen haben. Und wenn es uns gelingt, der Jugend den richtigen Weg zu weisen, wird sie aus eigenem Erkennen und eigenen Bestrebungen sicherlich leichter alle die Mühen überwinden, die ihr in noch reichlichem Maße von uns hinterlassen werden.

Um eines möchte ich noch besonders gebeten haben und diese Worte richte ich an die Presse. Kritisieren Sie, jawohl, aber seien Sie nicht ungerecht und üben Sie nicht Kritik in einer Form, wie ich es leider in den letzten Tagen wieder feststellen mußte, Kritik in einer Form, daß die Verantwortlichen letzten Endes von einem einfachen und unbelesenen Menschen als Spitzbuben betrachtet werden müssen. Das geht zu weit. Ich möchte vielmehr bitten, so wie wir in der Regierung zusammenarbeiten und zusammenhelfen, um gemeinsam den Schwierigkeiten Herr zu werden und trachten wollen, daß das Sprichwort wahr wird: „Geteiltes Leid ist halbes Leid und geteilte Freude ist doppelte Freude“, daß wir alle zusammenhelfen, ohne Ausnahme, ohne Vorbehalt, denn es geht um unsere Heimat, um unser Österreich! (Starker Beifall bei den Abgeordneten der ÖVP.)

Landeshauptmannstellvertreter **Machold**: Hohes Haus! Die zur Behandlung stehenden Gegenstände scheinen mir von solcher Wichtigkeit und Bedeutung für die gesamte Bevölkerung in Steiermark, daß ich nicht glaube, daß wir die Debatte nach Anhörung der Beantwortung der Frage durch den Herrn Landeshauptmann als abgeschlossen betrachten sollen. Eine gründliche Aussprache über alle diese Fragen scheint mir notwendig. Ich erlaube mir daher auf Grund des § 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages an den Präsidenten das Ersuchen zu stellen, die Wechselrede darüber zu eröffnen.

Präsident: Nach § 58 der Landtagsatzung, Abschnitt 4, muß der Antrag auf Eröffnung einer Wechselrede von 10 Abgeordneten unterstützt werden. Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Die Abgeordneten der SPÖ. und KPÖ. erheben eine Hand.) Sie scheint mir gegeben. Ich eröffne die Wechselrede. Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abg. **Matzner**. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. **Maria Matzner**: Hoher Landtag! Wenn heute von meiner Partei in einer dringlichen Anfrage zu den Fragen der Ernährung und der Bekleidung Stellung genommen wird, so möchte ich vor allem vom Standpunkt der Frau dazu Stellung nehmen, denn schließlich ist gerade diese Frage, ich möchte sagen in erster Linie, eine Frage der Frau. Wenn sie auch in den öffentlichen Körperschaften nicht in dem Maße vertreten ist als es der Last entspricht die sie in der heutigen Zeit zu tragen hat, so wissen wir doch, daß im Alltag draußen und in der Familie die Frauen mit der Frage der Ernährung und der Bekleidung in erster

Linie befaßt sein müssen. Und es mutet oft wie ein Wunder an, daß die Frau es zustande bringt, daß das Kind ordnungsgemäß zur Schule gehen kann und daß die Arbeitskleidung des Mannes tragfähig bleibt. Es ist dem Mann gleichgültig, mit welchen persönlichen zusätzlichen Opfern die Frauen dieses Wunderwerk zustande bringen. Und deshalb möchte ich mir gestatten, die Aufmerksamkeit des Hohen Landtages und damit einmal der gesamten Öffentlichkeit auf diese große Last der Frauen, die sie in der heutigen Zeit zu tragen haben, zu richten. Die Frau weiß, daß nach einem so schrecklichen Krieg, wie es der vergangene gewesen ist, nicht Wunder gewirkt werden können, aber sie hat die ganzen Opfer der vergangenen Monate vor allem in der Hoffnung getragen, daß es immer besser werden wird. Sie hat diese Opfer getragen in der Überzeugung, daß wir alle gemeinsam imstande sein werden, den vergangenen Krieg mit seinen Folgen so rasch als möglich zu überwinden. Was wir heute als Tatsache feststellen und was auch die Ursache unserer dringlichen Anfrage ist, ist aber, daß keine Besserung auf vielen Gebieten eingetreten ist, sondern, vor dem Winter stehend, die Frauen schwer arbeitend vor der Tatsache stehen, daß sie körperlich und auch geistig fast nicht mehr imstande sind, die schweren Opfer auf sich zu nehmen.

Wenn wir Ihnen hier vor allem sagen wollen, was wir Frauen empfinden und was sie wünschen, daß endlich getan wird, dann ist das nicht nur eine Rede, die heute vor dem Hohen Landtag gehalten wird, sondern wir sind monatelang als Vertreter unserer Partei bestrebt gewesen, diese berechtigten Forderungen der Frauen — und sie sind berechnete Forderungen — auch zur Erfüllung zu bringen. Nicht erst seit heute, nicht erst von dem Zeitpunkt an, da die steirischen Landtagsabgeordneten aufgerufen werden zu beweisen, was sie für die Steiermark tun, haben wir alles unternommen und zu unternehmen versucht, um den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen Rechnung zu tragen, unsere Stimme zu erheben und immer wieder darauf hinzuweisen, welche großen Lasten die Frau tragen muß.

Wir haben dagegen angekämpft, daß die zuerst 4 wöchentlichen Aufrufe, die eine kleine Sorge den Frauen abgenommen haben, nun wieder in wöchentliche und 14tägige Aufrufe umgewandelt worden sind. Wir verstehen es vielfach nicht, wenn wir, über diesen Dingen stehend, mit größeren Fragen befaßt sind und eine größere Verantwortung haben, wenn größere Probleme an uns herankommen, was es für eine Frau bedeutet, wenn sie die Zeitung liest und noch immer nicht weiß, was sie eigentlich im Verlaufe einer Zuteilungsperiode tatsächlich an Lebensmitteln zur Verfügung hat. Es ist uns trotz aller Bemühungen nicht gelungen, einen 4-wöchentlichen Aufruf auch für die kommende Zeit zu erreichen. Ich glaube, es muß das Bestreben der Steiermärkischen Landesregierung und aller Verantwortlichen in diesem Lande sein, es hier zu einer

Besserung kommen zu lassen, weil damit eine, wenn auch unscheinbare Forderung der Frauen Erfüllung findet, ihnen eine Last abgenommen wird, von denen sie so unsagbar viele tragen müssen.

Die Hoffnungen der Frauen waren darauf gerichtet, daß es zu Verbesserungen in der Lebenshaltung überhaupt kommen wird und es haben sich sicher Tausende von Frauen in der Steiermark darüber gefreut, daß der Bundeskanzler bei seiner Festrede beim Anblasen des Hochofens in Donawitz zugesichert hat, daß der Kaloriensatz auf 1500 erhöht werden wird.

Auch das ist, wie wir wissen, weitaus zu wenig, aber doch eine Verbesserung gegenüber dem derzeit noch ungewissen Kaloriensatz. Die Versprechungen, die da gemacht und die Hoffnungen, die von der arbeitenden Bevölkerung daran geknüpft worden sind, haben sich aber nicht erfüllt. Im Gegenteil, aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes mußten wir entnehmen, daß die schwersten Sorgen für die kommenden Wochen bestehen und daß es aller Anstrengungen bedarf, um den Brotgetreidebedarf für Steiermark wirklich zu decken. Dazu kommt noch, daß die 1200 Kalorien, die den Normalverbrauchern zur Verfügung stehen, für die Frauen tatsächlich nicht gelten, sondern von jenen 1200 Kalorien muß sie noch laufend dem Manne und den Kindern einen Teil abtreten, so daß sie wirklich nicht nur auf diese Hungerration, sondern noch weitaus unter diese gesetzt ist.

Wir müssen einmal ernstlich begreifen und verstehen, daß es eine Grenze des Ertragens gibt und wenn wir auch verstehen, daß es schwer einen Ausweg aus all diesen Problemen gibt und wenn wir uns auch sagen, es ist eben nicht mehr da, dann dürfen wir auch andererseits nicht vergessen, daß große Gefahren heraufbeschworen werden durch die dauernde Unterernährung unserer Hausfrauen. Sie sind die Stützen der Familie im wahrsten Sinne des Wortes. Was sie in den vergangenen Monaten zustandegebracht haben, muß anerkannt werden und muß die vollste Unterstützung aller verantwortlichen Kreise finden. Und dabei wissen wir, die wir verantwortlich mit diesen Dingen befaßt sind, daß in den Sommermonaten die Verpflegungsfrage, also die Frage der Ernährung, noch weitaus besser gelöst werden konnte als in den kommenden Wintermonaten, denn der Winter wirft seine Schatten voraus.

Noch gibt es Gemüse und Obst, noch ist die Frau imstande, den Tisch zu decken und die Menschen zu sättigen, die sich an den Tisch setzen, wenn auch nicht mit jenen Lebensmitteln, die unbedingt notwendig sind nicht nur für die Erhaltung der Arbeitskraft, sondern die wir auch für eine Verbesserung der Gesundheit der arbeitenden Menschen dringend brauchen würden. Aber was ist dann, wenn es kein Gemüse mehr gibt, wenn es kein Obst, oder nur in sehr beschränktem Maße gibt? In welcher Form wird man dann imstande sein, die festgesetzten Kaloriensätze aufrechtzuerhalten? All das sind

Sorgen der Frauen von heute und darauf kann ihnen keine befriedigende Antwort gegeben werden.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Ernährung, sondern auch auf dem Gebiete der Bekleidung sind wir ebenfalls an der Grenze des Erträglichen angelangt. Was im Sommer dieses Jahres von einer Deputation der Frauen vom Landeshauptmannstellvertreter Machold verlangt wurde, war u. a. auch das Problem der Strümpfe für Frauen und Kinder vor allem. Es wurde dabei festgestellt und der Herr Landeshauptmann hat ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Eigenproduktion der Steiermark nur insgesamt 1100—1500 Paar Strümpfe monatlich beträgt. Ich möchte sagen, es ist bedauerlich, daß wir in dieser Zeit der Not darauf beschränkt zu sein scheinen, nur verbrauchen zu dürfen, was wir im eigenen Lande aufbringen, wissend, daß unsere Textilindustrie in der Steiermark unerhört schwach ist, daß dieses Land aber andererseits aus seiner Hütten- und Eisenindustrie nicht nur andere Bundesländer beliefert, sondern darüber hinaus schon in das Ausland Lieferungsverträge hat. Wir werden förmlich auf den eigenen Bedarf und die Eigenproduktion eingestellt, auf der anderen Seite erleben wir noch immer, daß Produktionsgüter, die in anderen Gebieten in größerem Maße erzeugt werden, nicht nach Steiermark hereingelangen können. Die Ursachen sind uns unbekannt, vielleicht wird der Herr Landeshauptmann in der Lage sein, auch noch darüber zu sprechen. Ich möchte nur auf eine Sache verweisen: Vor wenigen Tagen stand in der Zeitung, daß die Strumpfproduktion in Wien 200.000 Paar beträgt, wovon 100.000 Paar dem Inlandsbedarf zur Verfügung gestellt sind. Ich konnte nicht feststellen, daß von diesen 100.000 Paar Strümpfen im Monat auch Strümpfe nach Steiermark gekommen sind und doch hätte eine Anzahl davon die Sorgen der Frauen in Steiermark verringert. Besteht also hier wirklich keine Kontrolle? Und haben wir alles getan auf diesem Gebiete, um dafür zu sorgen, daß ein gewisser Ausgleich, wenn wir schon kein einheitliches Wirtschaftsgebiet sind, in der Erzeugung, in den Erzeugungsgütern zwischen den einzelnen Bundesländern durchgeführt wird?

Eines der schwierigsten zu lösenden Probleme, wir wissen das ganz genau, ist die Frage der Beschuhung. Es wurde hier vom Abg. Wurm und auch vom Herrn Landeshauptmann angeführt, auf welche Schwierigkeiten wir da stoßen. Ich möchte hier nur sagen, daß ich glaube, daß wir hier noch mehr tun müssen als wie in der Vergangenheit, um die Frage der Beschuhung zu lösen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf ein Problem hinweisen. Es ist der Steiermark in den vergangenen Jahren gelungen, das Wunder zu vollbringen, daß dieses Land als erstes den Schulbetrieb wieder aufnehmen konnte zufolge der unerhörten Opfer und Arbeitswilligkeit aller damit verbundenen Kräfte. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir in diesem Jahre in vielen Gebieten die Kinder nicht zur Schule schicken können, weil sie keine Schuhe haben werden. Das ist nicht nur hinsichtlich der Schulkinder

allein, es betrifft auch die Erwachsenen, vor allem die Frauen, die immer wieder zurückstehen müssen, damit für die Arbeiterschaft in den Betrieben begreiflicherweise und damit auch für andere Anforderungen, die gestellt werden, die entsprechenden Schuhe zu Verfügung gestellt werden können. Wir erhalten aus den ländlichen Gebieten, vor allem von Forstarbeitern immer wieder Briefe, in denen sie anfragen, ob wir sie draußen ganz vergessen haben. Die Not in den Bergbauernorten, bei den Forstarbeitern, vor allem auch auf dem Gebiete der Bekleidung ist so groß, daß wir uns davon keine Vorstellung machen können. Wenn wir zu alledem noch eines hinzufügen, was ebenfalls fast ausschließlich von den Frauen als Last getragen werden muß, möchte ich darauf verweisen, daß es ein Leidensweg geworden ist, einen Bezugschein zu erhalten. Ich weiß nicht, ob es keine Vereinfachung des Verfahrens auf diesem Gebiete gibt, ich glaube aber, daß eine Vereinfachung herbeigeführt werden muß. Wir erleben immer wieder, daß sich der Beamtenapparat den Aufgaben nicht ganz gewachsen oder der Verantwortung nicht vollkommen bewußt zu sein scheint, die er in der heutigen Zeit zu tragen hat. Ich möchte nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang an jene Beamten eine ernste Mahnung zu richten. Auch hier sind die Frauen faktisch an der Grenze des Ertragens angelangt und auch hier kann man verlangen, daß die Angestellten der Wirtschafts- und Ernährungsämter sich verantwortlich fühlen für den Wiederaufbau dieses Landes und dafür sorgen, daß die Frauen auf raschem Wege erhalten, was sie für sich und die Familie brauchen, nicht zum Verschieben, zum Schleichhandeln, sondern, um die nackte Notdurft zu befriedigen. Wir haben auch noch einen kleinen Wunsch, der sich auf die Verteilung der Waren bezieht, soweit sie überhaupt vorhanden sind und das ist, daß wir als Frauen das Empfinden haben, es gibt viel zu wenig Meterware, die zum Flickern der Kleidungsstücke verwendet werden kann. Es wird viel zu viel der Konfektion zugeführt und dort liegt es wochen-, monatelang, weil die Verarbeitung nicht so rasch möglich ist, bis es wieder dem Verbräuche zugeführt werden kann. Hier ist Abhilfe zu schaffen. Dazu sind wir in der Lage und wir müssen ebenso in der Lage sein, den zum Flickern notwendigen Zwirn und die Stoppwolle zu beschaffen. Es mag sich hier um kleine Fragen handeln, die die Frauen zu tragen haben im Vergleich zu den großen Problemen der heutigen Zeit, aber ich glaube auch, daß sie alle zusammen noch besser gemeistert werden könnten, wenn wir gemeinsam auf diese Probleme ebenfalls eingehen. Aus den kleinen Schwierigkeiten erwachsen schließlich die großen. Die Frauen wissen ganz genau, daß auf lange Zeit hinaus der Bedarf, den wir alle gemeinsam haben, nicht gedeckt werden kann von dem, was zur Verfügung steht. Auch wenn wir die wirtschaftliche Verbindung mit der übrigen Welt gefunden haben werden, wenn sie uns bewilligt sein wird, wird es noch einige Zeit brauchen, bis wir die Karten und Bezugscheine abschaffen kön-

nen. Das wissen die Frauen ganz genau, aber die Frage ist nun die, wo ist die gemeinsame Stelle in Österreich, wo wirklich alles getan wird, alles zu erfassen, um es dem gemeinsamen gerechten Verbrauch zuzuführen? Hier müssen wir sagen, daß es vielfach darauf ankommt, ob wir Vertrauen haben, ob die gesamte Bevölkerung zu den Einrichtungen Vertrauen hat, die wir geschaffen haben, um die allerorts viel zu wenig vorhandenen Waren auch gerecht zu verteilen.

Da ist nun die Frage aufgetaucht, die heute auch der Inhalt der dringlichen Anfrage ist, die Frage nach der Mitverantwortung und nach der Mitberatung der Konsumenten in den Versorgungsausschüssen. Auch die Versorgungsausschüsse waren niemals imstande, den Bedarf und die Aufbringung so zu sichern, daß der Bedarf vollkommen gedeckt werden kann. Aber wie gesagt, die Bevölkerung soll, wie der Herr Landeshauptmann schon ausgeführt hat, die Überzeugung haben, daß alles geschieht, damit eine möglichst gerechte Verteilung erfolgt. Das sollte die Aufgabe der Versorgungsausschüsse sein und obwohl wir von Anbeginn an wirklich mitgearbeitet haben an der Erstellung dieser Versorgungsausschüsse, weil wir uns bewußt waren, welche Bedeutung diese Versorgungsausschüsse für die Frauen haben, haben wir in den Versorgungsausschüssen keine Vertretung. Wir vertrauen den Vertretern der Konsumenten, die dort beisammen sind und versuchen, in sachlicher Arbeit die Schwierigkeiten zu meistern, aber wir können uns als Frauen nicht vorstellen, daß die Versorgungsausschüsse beseitigt werden könnten, weil sie angeblich ungesetzlich arbeiten, weil keine gesetzliche Handhabe für sie gegeben ist. Ich möchte hier auf etwas verweisen, was sogar erst vor wenigen Monaten geschehen ist und was wir nicht so schnell vergessen haben sollten, nämlich daß beim Zusammenbruch des Hitlerregimes und nach Beendigung des Krieges auch in diesem Lande sich viele Kräfte zusammengetan und den Wiederaufbau des Landes fortgeführt haben, ohne nach Paragraphen und ohne nach einem Gesetz zu fragen, das ihnen die Möglichkeit dazu gibt. Kein Gesetz, nach Hauptstück und Paragraphen eingeteilt, hat ihnen dazu die Machtbefugnis gegeben, an Kriegsbeute vorwegzunehmen, was immer sie vorwegnehmen konnten, um den Güterbedarf und die heimatliche Produktion zu sichern. Kein Gesetz hat ihnen die Handhabe dazu gegeben, am Wiederaufbau zusammengebrochener Rüstungsbetriebe zu arbeiten. Aber die Arbeiterschaft in den Betrieben hat sich auf ihren Posten gestellt und hat es als selbstverständlich empfunden, die Pflichten zu erfüllen, die ein fluchwürdiges vorangegangenes Regime nicht erfüllt hat. Und da ist es nun die Tatsache, die tiefe Verbitterung in der Arbeiterschaft hervorruft, daß man sich heute plötzlich auf Paragraphen und Gesetze beruft und nicht daran denkt, daß es eigentlich ein weitaus höheres, ein sittliches Gesetz gibt, für das wir unbedingt eintreten müssen, und das ist, daß allen Menschen in diesem Lande die Notdurft des

Lebens gesichert werden muß und niemand berechtigt sein darf, ob mit oder ohne ein Gesetz, irgendwelche Waren und Lebensmittel zurückzuhalten, die so dringend notwendig für die Erhaltung der Arbeitskraft der Menschen gebraucht werden. Und nicht nur gebraucht werden für die Erhaltung der Arbeitskraft der Menschen, sondern auch zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfreudigkeit und zur Aufrechterhaltung des unbedingt notwendigen Bekenntnisses zu diesem Staate und dieser Staatsform. Wir müssen alles tun, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, soweit es irgendwie möglich ist, aber wir sollen uns in diesen Stunden der Not — und hier können wir dem Herrn Landeshauptmann auch als Frauen voll und ganz zustimmen — über gebundene Gesetzesformen hinwegsetzen, denn das Leben ist härter. (Starker Beifall.)

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Die Mitteilungen des Herrn Landeshauptmannes im Zusammenhang mit seiner Verordnung über die Versorgungsausschüsse kann man nur begrüßen. Begrüßen werden diese Erklärung auch die Arbeiter und die Bauern und alle jene, die bis heute in den Versorgungsausschüssen fruchtbringende Arbeit geleistet haben. Aber es gibt leider nicht nur eine Verordnung des Herrn Landeshauptmannes über die Versorgungsausschüsse, es gibt auch eine Verordnung des Herrn Landesrates Illig, die die Arbeit der Versorgungsausschüsse gefährdet. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Rede angeführt, daß es von Seiten der Versorgungsausschüsse zu Übergriffen gekommen sei und hat dabei im besonderen Leoben erwähnt. Was ist eigentlich in Leoben geschehen? Wenn wir uns zurückerinnern an den Mai d. J., so wissen wir, daß wir damals eine halbe Semmel pro Kopf und Tag an Brotversorgung bekommen haben. Damals wurde der Versorgungsausschuß ins Leben gerufen. Der Versorgungsausschuß Leoben hat nach dieser Zeit bei Leobner Kaufleuten Lebensmittel lager festgestellt, die nicht gemeldet waren, Lager an hochwertigen Lebensmitteln gegen 100.000 kg. Hoher Landtag, wenn wir weiterhin in Betracht ziehen, daß diese Feststellung von bedeutenden nicht gemeldeten Lebensmittelmengen bei einzelnen Leobner Kaufleuten möglich war nach einer Zeit der härtesten Not in Steiermark, dann muß man schon sagen, daß es höchst verwunderlich ist, daß es Kräfte in unserem Lande gibt, die bereit und entschlossen sind, solche Schädlinge an unserer Ernährung und an unserem Volke zu verteidigen, denn die Verordnung, die der Herr Landesrat Dr. Illig herausgegeben hat, ist nichts anderes als eine Verteidigung dieser Leute. Hoher Landtag, es ist uns damals bei vielen Besprechungen, die beim Herrn Landeshauptmann stattgefunden haben, vom Herrn Landeshauptmann gesagt worden, ein gutes hätten die Versorgungsausschüsse nach kurzer Zeit gezeitigt, nämlich, daß nach der Aufdeckung von nicht gemeldeten Lebensmittelmengen in Leoben eine Nachmeldung von 16 Waggons, das sind 160.000 kg Weizenmehl stattfand. Es fand diese Nachmeldung statt, obwohl vorher schon ungezählte

eidesstattliche Erklärungen abgegeben worden sind über die tatsächlichen Lebensmittelvorräte bei den einzelnen Händlern, die diese Nachmeldung dann durchgeführt haben. Man muß auch sagen, wenn wir jetzt in Betracht ziehen, vor welcher furchtbaren Brennstoffkrise wir in der Steiermark stehen und gleichzeitig in Betracht ziehen, daß unsere Kohlenproduktion, unsere Kohlenförderung im Mai, Juni und Juli infolge der katastrophalen Ernährungslage in unserem Lande gewaltig zurückgegangen ist, was hätten wir nur mit den hier angeführten Lebensmittelmengen tun können, um die Kohlenförderung nicht zurückgehen zu lassen, um die Bergarbeiter, auf die es hier in erster Linie ankommt, beim Wiederaufbau unserer Industrie und bei der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Heizmaterial, wenn wir in der Lage gewesen wären, diese verheimlichten Lebensmittel — und man kann ruhig sagen der wesentliche Teil ist ja inzwischen sicherlich dem Schleichhandel zugeführt worden — dorthin zu bringen und dorthin zu führen, wo sie in erster Linie notwendig gewesen wären, nämlich dorthin, wo die Grundlagen für unsere Industrie geschaffen werden, in die Bergwerke! Die Versorgungsausschüsse haben vielfach bewiesen, daß sie notwendige und nützliche Einrichtungen sind. Es gibt keinen vernünftigen Menschen in unserem Lande, der sich nicht darüber im klaren wäre, daß wir aus unserer Agrarproduktion, daß wir aus unserer Produktion an Bedarfsgütern den Bedarf der steirischen Bevölkerung nicht decken können. Es ist aber nicht dasjenige, worauf es ankommt, es kommt darauf an, daß das Sprichwort, von dem der Landeshauptmann in seinen Ausführungen gesprochen hat „Geteiltes Leid ist halbes Leid“ auch wirklich realisiert wird, daß man wirklich sehen kann, das Wenige, was wir haben, das Wenige, das zur Verfügung steht, wird vernünftig aufgebracht und gerecht verteilt. Aber, Hoher Landtag, es ist eine Tatsache, über die wir uns nicht hinwegsetzen können, daß es auch in unserem Lande neben einer gewissen Zahl von Satten eine hohe Zahl von Hungernden gibt. Es ist eine Tatsache, daß es auch in unserem Lande eine große Zahl von Arbeitern und Angestellten gibt, die verlässlich ihrer Arbeit nachgehen, die Großes geleistet haben in den vergangenen Monaten und die das Notwendigste entbehren müssen. In den letzten Tagen haben wir von den Kohlengruben die Nachricht erhalten, daß beispielsweise in der Weststeiermark, aber auch in der Obersteiermark an heißen Orten die Bergarbeiter nakt ihre Arbeit verrichten, weil sie nicht die notwendige Wäsche, nicht die notwendige Schweißwäsche mehr haben, um auch nur die dürtigste Bekleidung für sich sicherzustellen. Ja, Hoher Landtag, es ist uns bekannt, daß in den Klaubanlagen der Kohlenbergwerke, auch oben am Erzberg, die Frauen ohne ausreichende Wäsche ihrer Arbeit nachgehen müssen an zugigen Arbeitsplätzen, während der Versorgungsausschuß in Leoben bei einzelnen Kaufleuten ganz beachtliche Spinnstoffmengen festgestellt hat, die der Versor-

gung dieser Bergarbeiter zuzuführen nicht möglich war. Es ist bekannt, daß bedeutende Mengen an Wäsche, auch von Strümpfen, in Leoben gefunden worden sind, daß aber die Verordnung des Herrn Landeshauptmannes, die besagt, daß die Bezirks-Versorgungsausschüsse Verfügungen über das beschlagnahmte Auffanggut zu treffen haben, daß diese Verordnung des Herrn Landeshauptmannes bei weitem noch nicht durchgeführt wurde. Erst in den letzten Tagen sind auf wiederholte Versprechungen vom Versorgungsausschuß in Leoben hin von der Staatsanwaltschaft in Leoben diese beschlagnahmten Güter freigegeben worden, damit sie der Versorgung zugeführt werden können. Wochelang, monatelang wurden sie nicht freigegeben aus Gründen, die einfach unerfindlich sind.

Hoher Landtag! Die Verordnung des Herrn Landesrates Illig sieht vor, daß die Versorgungsausschüsse keinerlei Recht haben, an der Beschlagnahme und Aufbringung von verheimlichten Waren mitzuwirken. Ich finde, daß in der Verordnung des Herrn Landeshauptmannes gerade eine gegenteilige Weisung vorhanden ist, es heißt dort: „Der Versorgungsausschuß hat die Mitwirkung im Kampfe gegen Schwarz- und Schleichhandel, an der Organisation und Kontrolle der Verbrauchsgüter“ und weiterhin wird dem Versorgungsausschuß auch das Recht eingeräumt, Strafanträge zu stellen. Herr Landesrat Dr. Illig weist in seiner Verordnung darauf hin, daß die Versorgungsausschüsse sich anmaßen, Strafanträge zu stellen. Hoher Landtag! In den Versorgungsausschüssen waren sich Bauern und Arbeiter einig, bei den gestellten Strafanträgen vollkommen einig, aber die Bezirkshauptleute haben höhere Weisungen erhalten, diese Strafanträge, die von Arbeitern und Bauern gegen Kaufleute, die ihre Pflicht schwer verletzt haben, gestellt wurden, wesentlich zu reduzieren, diese Strafanträge nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ich glaube, daß das Rechtsempfinden des Volkes im Versorgungsausschuß, wo Arbeiter und Bauern zusammensitzen, weitgehend das richtige Straßmaß treffen wird. Die Verordnung des Herrn Landesrates Illig sieht auch vor, daß Kontrollen bei den Kaufleuten nur außerhalb der Geschäftszeit stattfinden sollen. Ich wundere mich, daß er nicht in seine Verordnung hineingenommen hat, daß sie 14 Tage früher bei den Kaufleuten angemeldet werden sollen. Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, alle Kaufleute beteiligen sich am Schwarzhandel. Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, die Kaufleute machen sich alle der Warenverheimlichung schuldig, aber wenn ich mir die Ergebnisse des Versorgungsausschusses in Leoben ansehe, kommt mir schon der Gedanke, daß es kaum anzunehmen ist, daß die Verhältnisse in den anderen Bezirkshauptmannschaften wesentlich anders sind als in Leoben. Bezeichnend ist auch, daß von höherer Stelle der Auftrag nach Leoben gekommen ist, man soll den 4 Kaufleuten, bei denen besondere Warenmengen beschlagnahmt worden sind, die Möglichkeit geben, sich zu äußern, wer mit der Weiterführung ihres Geschäftes während

der Verhaftung betraut werden soll. Das ist eine Rechtsauffassung, mit der sich die obersteirischen Arbeiter nicht identifizieren können und ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich kann mich dieser Rechtsauffassung auch nicht anschließen. Es ist ganz klar, daß die Versprechungen, die im Frühjahr dieses Jahres gemacht worden sind, die Hoffnungen, die im Frühsommer dieses Jahres in unsere Bevölkerung getragen worden sind, wo man gesagt hat: „Einige Monate nur, 100 Tage haltet aus, dann wird es besser werden“, diese Hoffnungen, die erweckt aber nicht erfüllt worden sind, natürlich heute, wo die breite Masse spürt und das Gefühl hat, sie sei wieder zum Narren gehalten worden, für unser Land eine sehr schwierige Situation schaffen. Im Herbst wird es besser, das war die Meinung, die bei uns im Lande vorgeherrscht hat, das war aber auch die Meinung, die der Bundeskanzler immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, nicht zuletzt beim Anblasen des Hochofens in Donawitz. Uns Kommunisten ist es voll und ganz klar, neben einer sauberen und planvollen Bewirtschaftung aller Güter, die wir im Lande aufbringen können, kann das Problem der Versorgung unserer Bevölkerung mit den wichtigsten Gebrauchsgütern nur gelöst werden durch eine vernünftige Handelspolitik, kann das Problem der Versorgung unserer Bevölkerung nur gelöst werden, wenn man bereit ist, die österreichische Wirtschaft auf der Basis der Planmäßigkeit nach den Gesichtspunkten der Vordringlichkeit des Wiederaufbaues und der Versorgung unserer Bevölkerung mit den notwendigen Gütern durchzuführen. Die nächsten Wochen und Monate werden unerhörte Anforderungen an unsere Bevölkerung stellen. Es wird notwendig sein, daß unsere gesamte Wirtschaft im Lande, mehr als bisher, das Licht der Öffentlichkeit nicht scheut. Gegenwärtig haben wir noch eine Situation, wo von verschiedenen Kräften unserer Wirtschaft alles versucht wird, um die Vorgänge in unserem Wirtschaftsleben mit einem gewissen Schleier des Geheimnisses zu umgeben. Es wird nötig sein, diesen Schleier zu lüften, und zwar rückhaltslos zu lüften, um unserer werktätigen Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß wirklich alles geschieht, was getan werden kann, um mit unserer schwierigen Lage fertig zu werden.

Es ist leider so, daß die Vorarlberger Textilfabriken Lohnarbeit für die Schweiz verrichten und nicht imstande sind, die kargen Rohstoffvorräte, die wir uns durch einen zagen Versuch des Außenhandels verschaffen konnten, für unsere heimische Bevölkerung auf Spinnstoffe zu verarbeiten. Das sieht, das weiß, das hört unsere Bevölkerung. Es wird viel geredet von Planwirtschaft, es wird viel geredet von gelenkter Wirtschaft, aber wenn man durch die Hallen der Wiener Messe geht, hat man alles eher als das Gefühl, daß sich bei uns in Österreich eine wirklich gelenkte Wirtschaft auch nur zu entwickeln beginne. Ich möchte darauf verweisen, daß auf der Wiener Messe, wenn man von Koje zu Koje geht, man immer wieder nur eines erfährt, nämlich „Wir arbeiten für den

Export“. Niemand will mehr für Österreich arbeiten. Alles will nur für den Export arbeiten. Wenn man dann fragt und schließlich nach vielen Fragen Preise erfährt für die Produkte, die von österreichischen Arbeitern erzeugt worden sind, dann erfährt man derartig phantastische Preise, daß man sich wirklich fragen muß, wo gibt es bei uns eine gelenkte Wirtschaft, wo gibt es bei uns eine Kontrolle der Preise, wenn beispielsweise eine Küchenkredenz 8000 S oder eine Schlafzimmereinrichtung 18.000 S kostet. Meine sehr Verehrten, es ist unzweifelhaft so, daß die Arbeiterschaft bereit ist, alle erdenklichen Opfer auf sich zu nehmen, daß sie aber als Gegengabe für ihre Opfer nichts gesehen hat und nichts zu verspüren bekommt als Enttäuschungen. Es wird der Kraft aller wohlgesinnten Menschen in unserem Lande bedürfen, mit den Schwierigkeiten des kommenden Winters fertig zu werden. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß es Mittel und Wege gibt, die härteste Not für den kommenden Winter zu bannen, ich bin der Überzeugung, daß es auch heute noch möglich wäre, den städtischen Verbrauchern an Hausbrandkohle ein größeres Quantum zur Verfügung zu stellen als 50 kg im Monat, wenn man wirklich bemüht wäre, alles zu tun, was möglich ist, um die Lage der Bergarbeiter entsprechend zu verbessern. Aber leider, man sieht immer wieder, daß nicht alles geschieht, was geschehen könnte. In den letzten Wochen haben die Bergarbeiter das Ansuchen gestellt, man soll ihnen Apfelmöst zur Verfügung stellen. Es war nicht einmal möglich, den Apfelmöst den Bergarbeitern zuzuführen. Es ist ganz klar, daß die Bergarbeiter solche Maßnahmen als unverständlich empfinden, es ist auch klar, daß sie sich durch solche Maßnahmen provoziert fühlen müssen. Es wurden den Bergarbeitern 2000 Paar Schuhe zugewiesen, aber sie konnten diese 2000 Paar Schuhe für Oktober und September bis heute nicht erhalten. Warum konnten sie diese Schuhe nicht erhalten? Weil man nicht wie bisher Bergschuhe genommen hat, die in den Köflacher Schuhfabriken produziert werden, sondern weil man ihnen plötzlich andere Schuhe zuwies, von denen 1 Paar S 41-70 kostet und die für den Bergarbeiter nicht geeignet sind, an Stelle von Schuhen, die für ihn geeignet waren und die er früher um 25 S direkt von der Fabrik erhalten hat. Man sieht an diesem Beispiel, daß die Fragen, die für unsere Arbeiterschaft nachgerade lebenswichtig sind, daß für diese Fragen noch längst nicht das richtige Gefühl im Lande vorhanden ist.

Es ist zu begrüßen, wie ich schon früher ausgeführt habe, daß der Herr Landeshauptmann zu seiner Verordnung über die Versorgungsausschüsse steht, aber wenn diese Verordnung voll wirksam sein soll, dann muß die Verordnung Illig fallen.

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes auf die Anfrage der sozialistischen Abgeordneten über die Ernährungs- und Versorgungslage war sehr aufschlußreich und hat viele offene Fragen beantwortet. Wenn ich

dennoch es unternehme, nachdem über die Antwort des Herrn Landeshauptmannes die Wechselrede eröffnet wurde, zu diesem Gegenstand zum Hohen Landtag zu sprechen, so geschieht es deshalb, weil ich einerseits dem Hohen Hause und auch der Öffentlichkeit ein gewisses ziffernmäßiges Material aus dem mir unterstehenden Ressort, dem Landeswirtschaftsamt und auch aus anderen Wirtschaftsstellen, zum Beispiel der Handelskammer, vorlegen möchte und andererseits deshalb, weil mir auf die Ausführungen meiner Herren Vorredner gewisse prinzipielle Feststellungen unbedingt notwendig erscheinen.

Als ich, Hoher Landtag, im Frühjahr 1946 als Generalredner der ÖVP. hier im Hause zum Landesvoranschlag zu sprechen die Ehre hatte, habe ich damals gesagt, daß ich es für notwendig erachte, eine Art Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der für die Politik und Wirtschaft im Lande verantwortlichen Faktoren zu geben, eine Art Rückschau über die bisherigen Etappen des Wiederaufbaues. Ich betonte damals auch, daß mir vor allem deshalb das notwendig erschien, weil ein gewisser Teil der Presse immer wieder an den Bemühungen der Landesregierung und auch der Bundesregierung, insbesondere insoweit diese Landes- und Bundesregierung aus ÖVP.-Mitgliedern besteht, eine bewußt übelwollende Kritik übt, eine Kritik, von der man einwandfrei feststellen kann, daß sie in vielen Fällen wider besseres Wissen erfolgt. Kennzeichnend für diese grundsätzlich ablehnende Einstellung war ein Artikel in der „Wahrheit“ vom 24. März 1946, der behauptete, daß ausgerechnet ein Engländer festgestellt habe, daß hier in der Steiermark in den Kreisen der Verantwortlichen eine faule Luft des Wartens herrsche, eine Tatenlosigkeit und Unentslossenheit, daß den verantwortlichen Männern mit einem Wort nichts einfallt und daß sie die einzige Hilfe von Seite des Auslandes erwarten. Der Herr Abg. Fischer, der hier im Hause anwesend ist, hat weiterhin in diese Kerbe geschlagen und hat insbesondere in einer Versammlung in Graz — ich glaube in den Sälen der Arbeiterkammer — seiner Zuhörerschaft zu schildern versucht, wie der Herr Bundeskanzler angeblich dumpf vor sich hinbrütet und wie ihm stundenlang nichts einfällt, bis er endlich ausruft: „Ein Schiff kommt von der UNRRA, ein Schiff, wir sind aus dem Wasser.“ Das ist aber alles reine Demagogie. Es muß einmal deutlich festgestellt werden, daß die kommunistische Presse und zum Teil auch manchmal die sozialistische Presse die Sache so darstellt, als ob alles, was in diesem Lande gelingt und wo es vorwärts geht, einzig und allein das Verdienst ihrer Partei sei, während alles, was schief geht oder was nicht erreicht wird, die Schuld der Regierung Figl oder hier im Land die Schuld des Landeshauptmannes und wohlgemerkt nur der ÖVP.-Mitglieder der Landesregierung ist. Es gibt ja gar keine Regierung Figl, wie deutlich gesagt werden muß, es gibt nur eine Regierung Figl, Heini, Krauland, Frenzel, Gerö, Altmann, kurz eine Regie-

rung aller drei Parteien. Es geht nicht an, dem Bundeskanzler alles in die Schuhe zu schieben. Es mutet etwas sonderbar an, wenn die Gesamtvertretung der sozialistischen Partei an den ÖVP.-Landeshauptmann eine Anfrage stellt, wie es auf dem Ernährungssektor bei der Bundesregierung draußen steht, was die Bundesregierung auf diesem Gebiete vorhat, wenn man gleichzeitig weiß, daß der hiefür in erster Linie verantwortliche Ernährungsminister Frenzel selbst ein prominenter Vertreter der sozialistischen Partei ist. Es ergibt sich der beinahe komische Sachverhalt, daß die sozialistische Fraktion des Landtages den ÖVP.-Landeshauptmann ersuchen muß, ihren sozialistischen Ernährungsminister gewissermaßen auf Touren zu bringen und den Landeshauptmann um Informationen aus dem Ressort des sozialistischen Ernährungsminister ersucht. Jeder normal denkende Mensch muß sich sagen, es wäre doch weitaus einfacher und selbstverständlich, wenn sich die Herren Sozialisten direkt und selbst an ihren Herrn Ressortminister wenden würden, mit dem sie ja sicherlich täglich, vielleicht auch stündlich in Verbindung stehen. Ebenso steht es im Lande. Dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann! Was ist hier im Lande alles gemacht worden? Das klingt so, als ob die Herren alle aus der Provinz hereingefahren wären wie der Bauer zur Herbstmesse, als ob sie keine Ahnung hätten, was hier sich überhaupt abspielt. Dabei sitzen 4 Regierungsmitglieder dieser Partei ständig Tür an Tür mit dem Herrn Landeshauptmann, mit mir, Hollersbacher, Uder und Krainer und jeden Donnerstag um 9 Uhr kommen wir zusammen und beraten stundenlang, oft bis 2 und 3 Uhr nachmittags, bis der Magen kracht und knurrt, alles Wichtige, was im Lande vorgeht. Jetzt wird eine Anfrage gestellt, als ob man von gar nichts wüßte. Wenn die Herren einigermaßen aufpassen, so müssen sie bis aufs I-Tüpfel orientiert sein, was hier geschieht, weil jeden Donnerstag der Herr Landeshauptmann seinen sorgfältig auf Tatsachen aufgebauten Rechenschaftsbericht insbesondere auf dem Gebiete der Ernährung gibt. Aber der Öffentlichkeit muß das Schauspiel einer dringlichen Anfrage, der Beantwortung der dringlichen Anfrage und der Debatte darüber gegeben werden, damit man von Zeit zu Zeit seine Rührigkeit unter Beweis stellen kann.

Nun zum eigentlichen Thema! „So geht es nicht weiter“, heißt es in balkenhoher Überschrift unserer steirischen „Prawda“. Es wird von Tag zu Tag schlechter, es ist immer weniger da, diese Leitsätze werden der Bevölkerung beharrlich und mit einer eisernen Konsequenz ins Hirn hineingehämmert und der Bevölkerung wird das Bild einer Notlage gewissermaßen aufsuggestiert, die noch größer dargestellt wird, als sie tatsächlich ist. Wir wissen, Hoher Landtag, die Not ist groß und die Produktion kann bei weitem nicht den Bedarf decken. Aber die immer wieder in dieser Presse breitgetretene Behauptung, daß es von Tag zu Tag schlechter wird, daß es immer weniger wird, ist eine glatte Ver-

drehung der Tatsachen. In Wirklichkeit steigt die Produktion kontinuierlich seit Mai 1945 auf fast allen Gebieten mit wenigen Ausnahmen. Im Mai 1945 war in fast allen Produktionszweigen ein vollständiger Stillstand zu verzeichnen. Seither ist die Produktion langsam, aber sicher, angestiegen. Ich will Sie nicht mit allzuviel Ziffern ermüden, aber einige Dinge möchte ich doch sagen, um zu zeigen, wie diese Produktion angestiegen ist. Ich greife ein Beispiel, den Eisensektor, heraus.

Die Rohstahlerzeugung betrug im Jänner 1945 360 Tonnen, im Jänner 1946 4300 Tonnen, im April 1946 10.300 Tonnen, im August 1946 17.000 Tonnen. Diese Erzeugung ist also vom Jänner 1945 bis August 1946 von 360 auf 17.000 Tonnen angestiegen.

Walzwerkerzeugnisse: Die Produktion stieg vom Jänner 1945 von 3000 Tonnen auf 10.300 Tonnen, die Blecherzeugung von 500 auf 3100 Tonnen. Die Halbzeugerzeugung betrug im II. Quartal 1945 1800 Tonnen, im August 1946 12.000 Tonnen und im September 1946 21.500 Tonnen. (O perschall: „Das ist alles in der Handelskammer erzeugt worden.“)

Lieber Herr Kollege O perschall: Ich habe mit keinem Worte behauptet, daß das in der Handelskammer erzeugt worden ist, es ist auch nicht in der Arbeiterkammer erzeugt worden (Zwischenruf: „Aber durch die Arbeiter!“), es ist nicht von jenem Sekretär erzeugt worden, der dort in der Arbeiterkammer Dienst macht, so wenig es von jenen Sekretären erzeugt wurde, die in der Handelskammer Dienst machen. Es ist aber erzeugt worden von jenen Männern, die wir beide gemeinschaftlich vertreten, Sie die Arbeiter und wir die leitenden Persönlichkeiten der Fabriken, zusammen haben sie das erzeugt, aber nicht die Kammern. Die Kammern haben andere Aufgaben, als sich an die Drehbank zu stellen. So wenig wie ich an der Drehbank stehe, so wenig steht auch der Sekretär der Arbeiterkammer an der Drehbank.

Ähnliche Fortschritte in der Erzeugung sind in der Fahrzeugindustrie, in der Elektroindustrie, in der Papierindustrie, in den Gießereien, in der Glasindustrie, insbesondere auch bei der Ziegelerzeugung festzustellen. Das wird Sie interessieren, weil das für den Wiederaufbau ganz besonders in Betracht kommt. Im Juli 1945 wurden erzeugt 240.000 Stück Dachziegel und kein einziger Mauerziegel. Im Mai 1946 wurden bereits 1.030.000 Stück Dachziegel erzeugt und 800.000 Mauerziegel. Im August 1946 wurden 3½ Millionen Mauerziegel und 1 Million Dachziegel erzeugt. Ich habe auch mit diesen Ziffern keineswegs irgendeinen Ruhm für die Handelskammer ernten wollen, ich wollte lediglich darlegen, daß die Behauptung, es werde von Tag zu Tag schlechter, die wir täglich in der Presse lesen, unwahr ist. Weniger günstig schaut es auf dem Gebiete Leder und Schuhe aus. Aber auch hier habe ich einige berichtigende Feststellungen zu machen. Die Lederbewirtschaftung ist bereits zentralisiert und wird vom Bund aus gelenkt, fällt also nicht mehr in die Kompetenz der Landesregierung. Gleich-

wohl haben sich die Landesregierung und die übrigen steirischen, für die Wirtschaft verantwortlichen Faktoren bemüht, hier durch entsprechende Einflußnahme Besserungen für das Land herbeizuführen. Der sogenannte „Erste Lederplan“ des Ministeriums, der für die Länder nicht besonders günstig war, wurde vor allem durch den steirischen Einfluß abgeändert und durch den „Zweiten Lederplan“ ersetzt, der bei der Mariazeller Wirtschaftskonferenz, an der ja Herr Kollege Matzner und ich teilgenommen haben, bekanntgegeben wurde. Durch diesen zweiten Lederplan haben die Länder eine günstigere Stellung bekommen, indem ein kleines Quantum des Häuteaufkommens zur freien Verfügung des Landes gehalten wird. Ein Vorzugsquantum von — glaube ich — 10% wird, wie vom Vertreter des Ministers mitgeteilt wurde, aus dieser zentralen Bewirtschaftung ausgeschieden. Über dieses Vorzugsquantum kann das Land frei verfügen. Weiters wurde durch unseren Eingriff erreicht, daß für den Reparaturbedarf in Zukunft mehr vorgesorgt wird. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Forderung, die insbesondere das Gewerbe, das Handwerk erhoben hat, wirtschaftlich berechtigt ist, weil ich mit ein und demselben Lederfleck, wenn ich ihn der Reparatur zuführe, mehr Schuhe in den Verkehr bringen kann, als wenn ich mit diesem Quantum nur Neuerzeugungen vornehmen würde. So hoffen wir, durch diese Forcierung der Reparatur die Bevölkerung ein bißchen besser versorgen zu können. Einige Ziffern von Steiermark: Es wurden seit Jänner bis September 1946 vom Landeswirtschaftsamt ausgegeben 238.133 Paar Schuhe, davon 140.000 Paare durch die 17 Bezirkswirtschaftsämter des Landes und 97.200 Paar im sogenannten „Ermächtigungsverfahren“, das heißt, diese 97.200 Paar sind hauptsächlich vom Gewerkschaftsbund und zu einem kleineren Teil von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft verteilt worden. Die Ziffer, die früher der Herr Abg. Wurm in seiner Rede bekanntgegeben hat, daß der Gewerkschaftsbund bei der letzten Verteilung 2300 Paar Schuhe erhalten hat, gibt daher ein falsches Bild, weil man ja die gesamte Zuteilung berücksichtigen muß. In diesem Monat hat der Gewerkschaftsbund tatsächlich 2300 Paar erhalten, wenn man aber das mitteilt, darf man nicht verschweigen, daß man in einem anderen Monat 7000, 8000 und 11.000 Paar erhalten hat, sonst wird das Gesamtbild, das zur Beurteilung der Sachlage notwendig ist, einseitig verschoben. Ich möchte bemerken, wenn Sie sich diese Ziffern anschauen, 141.000 Paar im ganzen, davon 97.000 Paar für die beiden großen Bedarfsträger Gewerkschaftsbund und Kammer für Land- und Forstwirtschaft, dann sehen Sie, daß hier die Industriearbeiter und die Land- und Forstarbeiter eine höhere Quote der Gesamterzeugung erhalten haben, als ihnen ziffernmäßig im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von Steiermark zukommen würde. Es hat also hier gar keine Hintansetzung von Arbeiterinteressen stattgefunden, im Gegenteil, bei Verteilung des verfügbaren Materials wurden die Arbeiter besser ver-

sorgt als die übrige Zivilbevölkerung. Ich möchte hier auch erwähnen, daß entsprechend den Forderungen, die hier immer wieder erhoben werden, diese Verteilung, wie Sie ja wissen, Herr Kollege Wurm, in aller Öffentlichkeit stattfindet. Alle Monat ist eine Schuhverteilungssitzung, wo über das jeweils in dem betreffenden Monat vorhandene Quantum verfügt wird. Ich führe den Vorsitz, anwesend sind Vertreter des Landeswirtschaftsamtes, Vertreter der Landeswirtschaftsammer, der Arbeiterkammer, des Gewerkschaftsbundes und der Handelskammer. Es ist eine Versammlung von manchmal 30 bis 40 Personen und da werden genau die gegenseitigen Interessen abgewogen und das Möglichste im Rahmen der vorhandenen Produktionsmeldungen getan. Es muß zugegeben werden, glaube ich, Herr Kollege Wurm, daß die Ergebnisse dieser Verteilung einmütig erfolgt sind und ich immer Wert darauf legte, daß keine Majorisierung stattfand, daß über diese Dinge nicht abgestimmt wird, die nach der Natur der Sache nur einvernehmlich zustande kommen können. Jedesmal, wenn die Produktionsmeldungen einlangen von den Schuhfabriken, fast schlagartig, möchte ich sagen, findet diese Verteilungssitzung statt und wir bemühen uns, keine Verzögerung eintreten zu lassen.

Ich komme nun zu dem besonders erörterten Kapitel der Textilbewirtschaftung. Hier hat schon der Herr Landeshauptmann ein Wichtiges gesagt. Steiermark war nie ein Land, welches sich selbst auf dem Textilsektor versorgen konnte. Die Spinnkapazität Steiermarks, also die Möglichkeit, die vorhandene Rohwolle zu Garn zu verspinnen, beträgt nur 3·8 % der gesamten österreichischen Spinnkapazität. Nur 3·8 % der vorhandenen Spindeln befinden sich in Steiermark, d. h., daß die anfallende Rohwolle nur zu 3·8 % nach Steiermark geführt wird, weil die vorhandenen Spinnereien nicht in der Lage sind, mehr zu verarbeiten. Ich betone aber, daß dieser Umstand keinerlei Präjudiz bildet für die Verteilung des Fertigproduktes. Der Vorgang spielt sich vielmehr in 3 Phasen ab. Zunächst wird das Rohprodukt auf die Länder verteilt nach der Anzahl der in den Ländern vorhandenen Spindeln. Das erzeugte Garn wird ein zweites Mal auf die Länder verteilt nach der Anzahl der in den einzelnen Bundesländern vorhandenen Webstühle und das Fertigprodukt wird auf die Länder verteilt nach der Bevölkerungsanzahl. Bei der Mariazeller Wirtschaftskonferenz, die Kollege Matzner mit mir gemeinsam besucht hat, haben wir ganz besonders Gewicht darauf gelegt, daß dort zu Protokoll genommen und festgestellt wurde, daß die Rohwollezuteilung an Steiermark in diesem geringen Ausmaß von 3·8 % keinerlei Präjudiz für die spätere Verteilung des Fertigproduktes bilden darf. Das wurde vom Vertreter des Ministers und verantwortlichen Vertretern der Wirtschaftsverbände zur Kenntnis genommen. Aber darüber hinaus ist auch noch der steirische Antrag angenommen worden, die Verteilung des Fertigproduktes nicht schlechthin nach der Bevölkerungs-

anzahl auf die Länder vorzunehmen, sondern nach der Bevölkerungsanzahl unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Struktur dieser Bevölkerung, d. h. also, daß wir nach dieser Formulierung hoffen dürfen, daß wir über die ziffernmäßige Bevölkerungsquote hinaus besser bedacht werden, weil wir eine große Anzahl schwerindustrieller Bevölkerung hier haben. Es ist in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, daß die Vorarlberger Spinnereien im Lohnauftrag für das Ausland arbeiten und daher manchmal nicht in der Lage sind, die anfallenden Rohprodukte zu verspinnen. Es ist tatsächlich festgestellt worden, daß zum Beispiel die große UNRRA-Lieferung von über 300 Tonnen, 300.000 kg Rohwolle, die uns zur Verfügung gestellt wurde, nicht so schnell bei den Spinnereien unterzubringen war, als es wünschenswert gewesen wäre, weil tatsächlich eine Anzahl von Vorarlberger Spinnereien durch Lohnaufträge für das Ausland blockiert war. Das beweist aber nur, Hoher Landtag, daß eine straffe und zentrale Steuerung von Wien aus notwendig ist. So sehr ich ein Anhänger des Föderalismus bin und genau so wie mein Kollege Horvatek eifersüchtig über die Interessen des Landes wache, damit der Bund nicht allzuviel Rechte für sich vorwegnimmt, so sehr müssen wir andererseits zugeben, daß diese zu weitgehende Selbständigkeit der Länder üble Folgen gezeitigt hat. Aber die steirische Bevölkerung hat zur Stange gehalten. Wir haben unsere Eisenproduktion, unseren wertvollen Edelmetall, Magnesit, Papier, Holz und besonders Kohle ganz Österreich zur Verfügung gestellt und darüber hinaus für den Export für ganz Österreich. Leider haben nicht alle Länder so im gesamtösterreichischen Interesse gedacht und gehandelt. Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg sind zeitweise eigene Wege gegangen. Wir mußten zu unserer Überraschung erleben, daß beispielsweise die Länder Tirol und Vorarlberg einen Handelsvertrag mit der Schweiz abgeschlossen haben, einen Vertrag, den die eidgenössischen Bundesversammlung in Bern ratifiziert hat, als ob es sich um einen Staatsvertrag mit Argentinien oder Persien oder irgendeinem andern Staat handeln würde. Auch in Salzburg gibt es ähnliche Bestrebungen. Es gibt in Salzburg ein Clearingamt der Landesregierung, ein Außenhandelsamt der Tiroler Landesregierung in Innsbruck, auch in Oberösterreich gibt es eine ähnliche Landesstelle. Ja, diese Länderstellen wollen wir beseitigen. Ein Schritt dazu waren die „berückichtigten“ Mariazeller Leitsätze zur Durchführung des Warenverkehrsgesetzes, die von Herrn Landesrat Matzner in der Öffentlichkeit so sehr bekämpft wurden. Dabei war ein Hauptziel dieser Leitsätze zum Warenverkehrsgesetz, die anderen Länder zur Raison zu bringen und sie unter einheitliche Leitung der Zentralregierung zu stellen, damit in Zukunft solche Extratouren unterbleiben. Die Frau Abg. Matzner hat uns gewissermaßen den leisen Vorwurf gemacht oder zumindestens gesagt, sie verstehe es nicht ganz, daß, während an-

dere Länder ihre Rohprodukte ausführen, um sich als Land besser zu stellen, wir unsere Erzeugnisse so großzügig ganz Österreich zur Verfügung stellen. Da bestehe eine Diskrepanz. Ich muß Ihnen sagen, Hoher Landtag, das was Tirol und Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich gemacht haben, war ungebührlich und deshalb muß es abgestellt werden. Aber es bildet noch keine Bedrohung des Gesamtstaates. Wenn aber die Steiermark das gemacht hätte, wenn wir die ungeheure industrielle Kapazität — ungeheuer für das kleine Österreich gesehen —, wenn wir unsere industrielle Kapazität aus diesem gesamtösterreichischen Rahmen herausgerissen hätten, wenn wir auch wie Tirol und Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich eine eigene und selbständige Außenhandelspolitik betrieben hätten, hätten wir eine zeitlang in Steiermark sehr gut leben können. Wir hätten im Kompensationswege für unsere Produkte allerhand Begünstigungen für uns erhalten, aber wir hätten Österreich zertrümmert. Österreich wäre gewesen, wenn wir Steirer diesem schlechten Beispiel anderer Länder gefolgt wären. Das war nicht zu verantworten und deshalb haben wir zur Stange gehalten, was vielfach in der Bevölkerung nicht verstanden wurde, was man aber verstehen muß, wenn man diese Zusammenhänge kennt.

Nun, meine Damen und Herren, bin ich doch genötigt, auch zur Frage der Versorgungsausschüsse Stellung zu nehmen, weil nach den Ausführungen des Abg. Pölzl ich hier der Schuldtragende bin und der Verursacher der Unruhe, der Unruhe, die nach meiner Überzeugung aber hauptsächlich in den Spalten der „Wahrheit“ zu konstatieren ist. Der Herr Landeshauptmann hat Ihnen erläutert, aus welchen Motiven er im Frühjahr dieses Jahres die Bildung der Versorgungsausschüsse zugelassen hat und warum er eine solche Verordnung herausgegeben hat. Die damalige Notlage ließ es wünschenswert erscheinen, Organe mit beratender Funktion für verschiedene Behörden ins Leben zu rufen, einen Orts-Versorgungsausschuß als beratendes Organ des Bürgermeisters, einen Bezirks-Versorgungsausschuß als beratendes Organ des Bezirkshauptmannes und einen Landes-Versorgungsausschuß als beratendes Organ des Landeshauptmannes oder der Landesregierung. In der Verordnung des Landeshauptmannes Pirchegger steht aber an der Spitze der Ausdruck „beratende Funktion“ und es ist unrichtig, daß ich mit meiner Verordnung vom 26. September die Versorgungsausschüsse abschaffen wollte, mit keiner Silbe ist das aus meinem Erlaß vom 26. September zu entnehmen. Mein Erlaß vom 26. September hat lediglich bezweckt, die Funktion der Versorgungsausschüsse auf das gesetzliche Maß und auf die ursprüngliche Absicht des Herrn Landeshauptmannes zurückzuführen. Denn in der Praxis hat sich gezeigt, daß aus dieser beratenden Funktion der Versorgungsausschüsse etwa ganz anderes geworden ist. Die Versorgungsausschüsse haben sich immer mehr behördliche Funktionen angeeignet. Aus der Beratung wurde eine Kontrolle an Ort und Stelle, zu-

nächst mit behördlichen Organen, dann ohne behördlichen Organe. In einer ganzen Reihe von Fällen, die ich mit Namen und Datum nachweisen kann, haben die Versorgungsausschüsse ohne Mitwirkung irgend eines behördlichen Organs Geschäftsräumlichkeiten und Privatwohnungen kontrolliert, dort Kisten und Kasten geöffnet, jedes Ladel herausgerissen, keinen Winkel undurchsucht gelassen, dabei oft mitten in der Nacht die Hausbewohner drangsaliert und tatsächlich Übergriffe in verschiedenen Fällen vorgenommen. Es kann unmöglich zu den Befugnissen dieser Versorgungsausschüsse gehören, vorgefundene Spirituosen an Ort und Stelle zu sich zu nehmen und auch weiter noch solche Spirituosen mitzunehmen, d. h., mit den Flaschen abzuziehen. Solche Fälle sind, was unwiderleglich festgestellt ist, erfolgt. Ich habe gerade heute z. B. aus Leoben einen 4 Seiten langen Brief, nicht eines Kaufmannes, der hier von den Versorgungsausschüssen drangsaliert wurde, sondern eines Dienstmädchens erhalten, das 10 Jahre lang dort bei einem Kaufmann Dienst macht und darüber Klage führt, daß der Versorgungsausschuß auch ihre Leibwäsche, ihre Ausstattung, an der sie jahrelang gespart hat, beschlagnahmt hat. Das geht denn doch nicht. Daher habe ich mich auf die zahlreichen Beschwerden über derartige Übergriffe der Versorgungsausschüsse bemüht, diese Anordnung vom 26. September herauszugeben, die die Versorgungsausschüsse nicht aufhebt, nach meiner Empfindung zu der ursprünglichen Anordnung des Herrn Landeshauptmannes in keinem Widerspruch steht, sondern nur klarstellt, wo Unklarheiten bestanden haben. Darüber hinaus bin ich der Auffassung — und da muß ich ein Mißverständnis aufklären, das auch in der Antwort des Herrn Landeshauptmannes zum Ausdruck gekommen ist — ich bin der Auffassung, daß diese Seite der Tätigkeit der Versorgungsausschüsse, Kontrollen an Ort und Stelle vorzunehmen, verfassungswidrig ist. Die Verfassung des Jahres 1929 hat das Bundesverfassungsgesetz des Jahres 1929 wieder in Kraft gesetzt. Im Bundesverfassungsgesetz des Jahres 1929 ist aber zu lesen, daß sämtliche Gesetze auch des früheren Kaiserstaates Österreich, soweit sie nicht mit der Verfassung selbst in Widerspruch stehen, ein Bestandteil dieser Verfassung der ersten und jetzt auch der zweiten Republik geworden sind. Dazu gehört das Staatsgrundgesetz vom Jahre 1867 über die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten der Person. Sie sind allgemein bekannt, sie gehen zurück auf die alten Grund- und Freiheitsrechte, um derentwillen die französische Revolution ausgebrochen ist, auf diese Grund- und Freiheitsrechte, für die die Vorfahren dieser jetzt von den Kommunisten verhetzten Arbeiterschaft auf den Barrikaden im Jahre 1848 gegen einen Herrn Metternich gekämpft haben. Das sind Freiheit des Versammlungsrechtes, Freiheit der Person, Freiheit des Eigentums, der Wissenschaft und ihrer Lehre und nicht zuletzt Freiheit des Hausrechtes. Mein Heim ist meine Burg, ist ein Sprichwort auch des engli-

schen Volkes. Wer, ohne mit einem richterlichen Befehl ausgestattet zu sein oder ohne selbst ein Sicherheitsorgan zu sein, in meine Wohnung eindringt, den werfe ich die Treppe hinunter, das erkläre ich hier öffentlich und daran können auch Beschlüsse des Landtages nichts ändern, solange nicht der Nationalrat ein diesbezügliches Gesetz beschlossen hat. Wenn der Nationalrat beschließt, daß das Hausrecht auf diesem Gebiet aufgehoben ist und daß Privatpersonen unter dem Titel „Versorgungsausschuß“ Geschäfte und Privatwohnungen betreten dürfen, dann werden Sie von mir in dieser Frage keinen Laut mehr vernehmen. Ich werde keine Silbe mehr darüber reden und in der Presse keine einzige Zeile erscheinen lassen. Aber ohne gesetzliche Grundlage werde ich meine Verordnung nicht zurücknehmen. Meine Auffassung von demokratischer Freiheit ist eine etwas andere, als die der 40köpfigen Abordnung, die bei mir erschienen ist, um die Zurücknahme dieser Verordnung zu verlangen. Sie stützten sich auf die Demokratie. Sie sagten, die Demokratie verlange die Zurücknahme dieser Verordnung. Aber dieselbe Abordnung, die da erschien und die sich als Sprecher der Arbeiterschaft vorstellte, diese Abordnung der Betriebsräte von Leoben und vornehmlich einer Partei, hat gleichzeitig in einem anderen Ton gesprochen. Sie hat beispielsweise 3 Drohungen ausgesprochen, und zwar „wenn Sie, Herr Landesrat Illig, nicht freiwillig aus der Landesregierung verschwinden, dann werden wir Sie herausfangen“. Was ist das anderes als eine gefährliche Drohung. (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!) Was, Sie sagen, das ist nicht wahr? 40 Zeugen waren anwesend, wie mir der am anderen Ende des Tisches gegenüberstehende Mann diese Worte ins Gesicht geschleudert hat. (Abg. Pölzl: Ja, nachdem Sie ihn maßlos provoziert haben.) Er hat gesagt, treten Sie von der Landesregierung ab, weil Sie nicht mehr mein Vertrauen genießen. Ich sagte darauf, ich verzichte auf Ihr Vertrauen und auf diese Äußerung hat er mir zugerufen, „dann werden wir Sie eben herausfangen“. Aber darüber hinaus hat man von mir verlangt, ich soll einen kleinen Beamten in Leoben beim Handelsgremium entlassen, weil er angeblich ein Pg. ist. Ich weiß aus seinem Personalakt, daß er einmal Anwärter war, also ein harmloser Mitläufer, der sich politisch nie exponiert hat, ein Mitläufer wie sie bei allen möglichen Behörden zu Hunderten vorhanden sind. Ich habe darauf erklärt, daß ich aus diesem Grunde allein, nachdem der Mann die Arbeitsbewilligung der Britischen Militärregierung besitzt, ihn nicht entlassen werde, solange mir nicht Dienstverfehlungen nachgewiesen werden. Hierauf erklärte man mir in eben dieser Abordnung „4000 Arbeiter werden diesen Kerl herausfangen“. Also dieselbe Drohung des Gewaltaufmarsches gegen einen kleinen Gremialsekretär.

3. hat diese Abordnung erklärt: „Wenn Sie die Anordnung nicht zurücknehmen, dann werden wir die Sachen und Waren selbst holen, wo sie eben zu finden sind.“ Also ebenfalls offene Ankündigung

von Gewalt. Wie läßt sich das mit demokratischen Grundsätzen vereinen? Wie? Wo sind die Reaktionen? Auf welcher Seite? Dort, wo ich stehe, wo ich mich lediglich auf ein Verfassungsgesetz berufe oder dort, wo man Demokratie ins Gegenteil verkehrt, indem man mit wüsten Drohungen gegen Regierungsorgane und Beamte vorgeht, die nicht ohne weiteres gefügig sind?

Ich möchte auch noch folgendes feststellen: Die Frage der Kontrolltätigkeit dieser Versorgungsausschüsse ist, wie schon der Herr Landeshauptmann angedeutet hat, zweifellos eine Bundesangelegenheit, nachdem es derartige Ausschüsse nirgends in Österreich gibt wie nur in Steiermark und nachdem jetzt von der kommunistischen Partei verlangt wird, daß diese Ausschüsse auf ganz Österreich ausgedehnt und in allen anderen Bundesländern eingeführt werden sollen, eine Angelegenheit, über die der Steiermärkische Landtag oder die Steirische Landesregierung allein zu entscheiden zweifellos nicht mehr befugt ist. Die Bundesregierung muß Gelegenheit haben, hiezu Stellung zu nehmen und die Verfassungsmäßigkeit zu prüfen.

Man hat in der kommunistischen Presse meinen Erlaß „Schleichhändler-Schutzerlaß“ genannt, man sagt, ohne diese Ausschüsse gibt es keine Bestrafung usw. Ich stelle fest, daß die Bestrafung der Schleichhändler und Kaufleute, die Waren hinterziehen, verbergen oder nicht melden, gesetzlich eindeutig geregelt ist durch das Bedarfsdeckungs-Strafgesetz vom Februar 1946. Dieses Gesetz sieht für solche Übeltäter drakonische Strafen vor, für schwere Verfehlungen gerichtliche Strafen, für leichte Verfehlungen verwaltungsbehördliche Strafen. Die Strafe geht bis zu 5 Jahren Kerker, daneben bis zu 300.000 S Geldstrafe. Ich stimme mit dem Herrn Vorredner überein: Keine Schonung für den überwiesenen Übeltäter, er muß und er soll bestraft werden. Es liegt mir ganz ferne, ihn in Schutz nehmen zu wollen, aber Bestrafung durch den hierfür nach der Verfassung und vom Gesetz eingesetzten Richter oder durch den hierfür bestimmten Beamten der Verwaltungsbehörde, das Strafausmaß nach dem Antrag des Staatsanwaltes, wie es die Strafprozeßordnung seit Jahrzehnten vorsieht. Daher möchte ich noch einmal feststellen: Die Verordnung vom 26. September 1946 „Die Illigverordnung“, wie sie hier genannt wurde, hebt die Versorgungsausschüsse nicht auf, sie führt sie nur auf das gesetzliche Ausmaß zurück, auf jenen Rahmen, den sich der Herr Landeshauptmann vorgestellt hat, als er seine Verordnung erließ. Ich bin nicht in der Lage, diese Verordnung aufzuheben. Sie ist auch nicht aufgehoben, besteht derzeit unverändert weiter, behindert aber auch nicht die Versorgungsausschüsse in ihrer beratenden Tätigkeit. Nach wie vor kann der Versorgungsausschuß dem Bezirkshauptmann melden „dort sind Waren versteckt, wir verlangen, daß sofort kontrolliert wird“. Die Gendarmerie wird erheben, wird beschlagnehmen, der Bezirkshauptmann wird dem Versorgungsausschuß berichten, was geschehen ist, lediglich das

Eindringen nicht behördlicher Organe in Geschäfte und Wohnungen, das ist es, was ich mit meinem Erlaß verhindern wollte. Ich möchte noch abschließend feststellen, daß der größte Versorgungsausschuß des ganzen Landes, der Versorgungsausschuß der Stadt Graz und des Bezirkes Umgebung Graz, der eine Einwohnerzahl von 260.000 Menschen repräsentiert, diesen Erlaß vom 26. September 1946 zur Kenntnis genommen hat und dort auch zur Kenntnis genommen wurde, daß Kontrollen ausschließlich durch Organe der Wirtschaftspolizei Graz vorgenommen werden. Die Mitglieder des Versorgungsausschusses konnten sich davon überzeugen, daß diese Kontrolltätigkeit der Wirtschaftspolizei in Graz Hervorragendes geleistet und ihre Aufgaben voll und ganz erfüllt hat. Darüber hinaus aber wollen wir nicht gehen. Denn das das, wenn wir nachgeben, nur der Anfang für ganz andere Dinge wäre, das geht ja schon aus der heutigen Ausgabe der steirischen „Prawda“ einwandfrei hervor. Hier wird gefordert: Unterstellung des gesamten Ernährungswesens, der Aufbringung und Verteilung unter die Leitung des Landes-Versorgungsausschusses. „Das Landes-Ernährungsamt ist dem Landes-Versorgungsausschuß zu unterstellen“ steht hier fettgedruckt, das heißt also, ein Ressort des Landeshauptmannes, das er nach der Referateinteilung der Landesregierung und nach der Bundes- und der Landesverfassung als Regierungsmitglied verantwortlich zu verwalten hat, soll aus der Kompetenz der Landesregierung herausgenommen und dem Landes-Versorgungsausschuß unterstellt werden. Das bedeutet aber, daß die Landesregierung und daß auch der Landtag zugunsten einer halbamtlichen Stelle entmachteter werden sollen. Das rührt tatsächlich an die Grundfesten unserer Verfassung und soweit wollen wir es nicht kommen lassen. Wir wollen dieses System nicht einreißen lassen. Warum habe ich aber noch für diese Sache gekämpft? Ich sage es Ihnen offen, meine Herren von der kommunistischen Partei, es hat noch diesen ferner liegenden Grund: Ich will mein Scherflein dazu beitragen, daß Österreich nicht kommunistisch wird. (Bravorufe, Händeklatschen.) Ich will mein Scherflein dazu beitragen, daß das rot-weiß-rote Banner Österreichs, das schon vor Jahrhunderten in den Kreuzzügen geweht hat, immer das Banner dieses Staates bleibt und nie durch eine andere Fahne ersetzt wird. (Bravorufe.)

Präsident **Stockbauer**: Hohes Haus! Unsere heutige Anfrage beschäftigt sich mit dem Ernst unserer Lage, die gekennzeichnet ist durch die Tatsache einer unzureichenden Ernährung, einer völlig mangelhaften Bekleidung unseres Volkes; es fehlt an Wäsche, an Schuhen, es fehlt an Bettzeug, es fehlen die Scheiben an den Fenstern, das Land ist bedroht von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, das ganze Volk ist erfüllt von tiefer Sorge und Kummer vor den kommenden uns bevorstehenden Wochen. Wenn Landesrat Illig versucht, in seinen Ausführungen eine etwas heitere Note hineinzutragen, so glaube ich, daß man nicht übertreibt, wenn man

sagt, daß das etwas deplaciert ist; denn die Sorge, die zum Ausdruck kommt, ist eine so tiefgreifende und wahrscheinlich ist mit Ausnahme einiger weniger keine Schichte unseres Volkes davon verschont. Der Arbeiter in den Fabriken und Werkstätten genau so wie jener in den Forsten, die Angestellten in den Büros, die Hausfrauen in den Küchen, die Gewerbetreibenden und Kaufleute, überall, wo sie hinsehen, auch die Bauern, werden von dem Gespenst dieser Sorge bedroht und es wird unsere Aufgabe sein, wirklich jenen Weg zu finden, der der kürzeste ist, um aus dieser verzweifelter Situation herauszukommen. Wir können heute bei unseren Betrachtungen über die 1½ Jahre, seitdem der Krieg zu Ende ging, Bilanz ziehen und wenn wir diese Geschichte der 18 Monate anschauen, so müssen wir feststellen, daß sie eine Geschichte wahren Heldentums der Arbeiter, der Angestellten und der Bauern darstellt. Erinnern wir uns doch, wie die Arbeiter mit den bloßen Händen, ohne Werkzeug, in den bombenzerstörten Betrieben die Maschinen aus dem Schutt ausgegraben, die Drehbänke wieder aufgestellt haben in Werkstätten, deren Dächer von den Bomben weggetragen waren. Erinnern wir uns, unter welcher unsäglich Mühe die Eisenbahner den Versuch unternommen haben, die Eisenbahnen wieder in Bewegung zu setzen oder denken wir daran, wie die Lehrer darangingen, die Kinder zu sammeln und ohne Lehrbehelfe den Unterricht wieder aufgenommen haben. Ja, es war allüberall, wo wir hinschauten, ein ungeheurer Schwung, eine große Zuversicht vorhanden, alle haben zugegriffen, das heißt alle, die vor dem Kriegsende nicht davongelaufen waren und geblieben sind in ihrer Bereitschaft, Hand anzulegen, um herauszukommen aus dieser Situation, die uns der Nazismus und der Krieg zurückgelassen haben. Alle waren davon überzeugt, daß der Erfolg auf unserer Seite stehen wird. Aber wie sieht es nun aus mit der Verteilung dieses Erfolges? Der Herr Landesrat Illig hat uns in einer umfangreichen Darstellung auseinandergesetzt, wie die Produktion steigt, es ist nicht zu viel, wenn wir darauf verweisen, daß diese Produktionssteigerung vor allem das Ergebnis der Tätigkeit der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben war, das Ergebnis der Tätigkeit jener Arbeiter und Angestellten, die von Anfang an bereit waren, das größtmögliche Maß an Opfern auf sich zu nehmen (Beifall), aber unter der Voraussetzung, daß die Armut, die uns vererbt wurde, gleichmäßig aufgeteilt wird. Die Produktionssteigerung ist nicht hinwegzuleugnen, aber hinzugekommen ist, daß der Lebensstandard bedeutend geringer ist als zu Kriegsende. Schauen Sie sich in den Morgenstunden die Arbeiter an, wenn sie in die Fabrik eilen. Zerlumpt und zerfetzt, keine Hemden, keine Kleider, keine Schuhe. Schauen Sie sich die Zeitungsausträger an, die auch Ihre Zeitung zustellen, die Frauen wickeln sich ihre zerfetzten Schuhe mit Fetzen und Lumpen ein, damit sie ihren Dienst verrichten können. Wie wird es aber erst aussehen, wenn Nässe und Kälte einziehen? Die

Produktion steigt und das, was zur Verteilung kommt, wird immer weniger. Ich greife einen Sektor heraus. Die Papierproduktion steigt an. Noch vor wenigen Monaten wurden uns 210 Tonnen zur Herstellung von Zeitungen zur Verfügung gestellt. Seit Wochen können nur mehr 180 Tonnen zur Verfügung gestellt werden. Über 200 Tonnen konnten dem Verlagswesen zur Verfügung gestellt werden, heute 46 Tonnen. Aber von 10 Auftraggebern, die in die Druckerei kommen, um Aufträge zu vergeben, erklären 8, das Papier hätten sie selbst zur Verfügung, das brächten sie mit. Das Schlimme ist, daß die Produktion wohl ansteigt, aber ein nicht unbeachtlicher Teil dieser Produktion in die Kanäle des Schleich- und Schwarzhandels abfließt. Dagegen müssen wir uns auflehnen, dagegen müssen wir ankämpfen. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn daraus schwerwiegende Folgen für die Kapazität der ganzen Industrie und des Gewerbes entstehen. Gewiß, alle Fragen so betrachtet, stellen eine unzulängliche Betrachtung dar. Viele dieser Erscheinungen, mit denen wir heute zu kämpfen haben, sind die Folgen einer Wirtschafts- und Preispolitik in diesem Lande, die auf der ganzen Linie versagt. Sie verweisen darauf, daß wir in einer Koalitionsregierung sind, daß die Regierung so zusammengesetzt ist, daß neben dem Bundeskanzler und dem Minister Heindl auch ein Minister Frenzel und ein Minister Altmann sitzen. Gewiß, Sie haben recht mit diesem formellen Hinweis, aber wir dürfen nicht übersehen, die wirtschaftlichen Ressorts in dieser Regierung liegen ausschließlich in den Händen der ÖVP, und wir müssen feststellen, daß die Methoden, die angewendet werden, bisher nicht jenen Erfolg gezeitigt haben, der auch unter den gegebenen außerordentlich ungünstigen Verhältnissen zu erreichen gewesen wäre. Mit diesen Methoden, die schon vor 20 Jahren versagt haben, können die neuen Übel nicht bekämpft werden. Das Problem der Versorgungsausschüsse hat sich entzündet an der Frage der Kontrolle der Kaufleute. Sie haben durch diese verfehlte Wirtschaftspolitik den gesamten Handel in eine außerordentlich unglückliche Situation, in eine Zwitterstellung gebracht. Wie sieht es denn im Handel aus? Der Händler ist gezwungen, eine von den beiden Entscheidungen zu treffen. Entweder er kommt seiner Verpflichtung, das ihm zur Verfügung stehende Warengut zur Verteilung zu bringen, nach, dann opfert er seine Substanz, denn jedes Stück Ware, das er erhält, kauft er zu einem wesentlich höheren Preise ein, als die Ware, die er soeben verkauft hat, ihm an Erlös bringt. Oder er ist bemüht, seine Substanz zu erhalten, dann verstößt er gegen die moralische und gesetzliche Verpflichtung, der Not des Volkes abzuhelpen. Die Preispolitik in dem Lande ist vollständig ins Wanken geraten. Die Preise, die auf der Wiener Messe genannt wurden, sind einfach phantastisch zu nennen. Eine durchschnittliche Preissteigerung zwischen dem Fünf- und Achtfachen ist fast bei allen Artikeln in unserem Lande festzustellen, das

heißt in der Praxis, daß der Schilling auf 20 bis 16 Groschen in seinem Kaufwert herabgesunken ist.

Wie sieht es mit den Löhnen aus? Die Löhne gehen langsam über die Treppe hinauf, die Preise fahren mit dem Lift in die Höhe und alle Lohnbewegungen sind auf Grund dieser Wirtschaftspolitik außerstande, den Reallohn herzustellen, der an und für sich am Kriegsende zu nieder war. Sie dürfen sich daher nicht wundern, daß die Aufregung unter der Arbeiterschaft, aber nicht nur unter der Arbeiterschaft, ebenso unter den Gewerbetreibenden und Kaufleuten, ebenso unter den Angehörigen der freien Berufe von Tag zu Tag größer wird, daß diese Aufregung mitwächst mit der Sorge, was geschieht mit uns in den kommenden Wochen? Ich habe die Überzeugung und diese Überzeugung wird heute auch in sehr weiten Kreisen des sogenannten bürgerlichen Mittelstandes geteilt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, so in Österreich Wirtschaftspolitik weiterzuführen. Als wir im Mai v. J. zusammengekommen sind, da waren wir alle zusammen gewillt, Hand anzulegen an den Neubau des Staates und wir waren beseelt von der Überzeugung, daß die bitteren Erfahrungen, die wir in den Jahren faschistischer Unterdrückung auf uns nehmen mußten, nun verwertet werden in diesem Lande. Was wäre denn näher gelegen, als an Stelle der alten Rüstungskommanden, die die wirtschaftliche Ordnung zur Weiterführung des Krieges besorgt haben, einen Gehirntrust für die Friedensaufgaben zu schaffen.

Nennen Sie eine solche Einrichtung wie immer, nennen Sie sie Planungsamt oder Produktionsausschuß, auf den Namen kommt es nicht an, sondern auf die Funktion, auf den Inhalt kommt es an. Was wäre näherliegend gewesen, als die Forderung zu verwirklichen, daß man Fachleute zusammenfaßt, um festzustellen, was ist an Produktionsmitteln im Lande vorhanden, welche Rohstoffe stehen uns zur Verfügung, welcher Bedarf ist gegeben, um dafür zu sorgen, daß mit den vorhandenen Mitteln der vordringlichste Bedarf in aller erster Linie Berücksichtigung findet. Was sehen wir heute? Genau das Gegenteil! Ein Chaos in der Wirtschaftspolitik, wie es nicht schlimmer und in seinen Folgen nicht verderblicher sein kann. Große Exporte von Gütern gehen aus dem Lande, an denen wir alle dringliche Not leiden und was geschieht mit dem Erlös dieser Exporte? Werden die Exporte umgetauscht, um dringend notwendige Güter in das Land hereinzubringen? Herr Landesrat Illig hat es vollständig unterlassen, uns einmal diese Seite aufzuzeigen und die Frage zu beantworten, was geschieht mit dem Exporterlös? Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß es bisher in sehr weitgehendem Ausmaße möglich war, den Export lebenswichtiger Produktionsgüter aus diesem Lande ins Ausland durchzuführen, um den Exporteuren sichere Kapitalsanlage im Auslande zu ermöglichen. (Sehr richtig! — Landeshauptmannstellvertreter U d i e r: „Einen nennen!“) Lassen Sie sich die Ziffern unserer Papierindustrie

geben und was an Gegenwert hereingebracht worden ist für die ungezählten tausende Tonnen von Exportpapier. Wenn Sie dafür eine eindeutige Antwort bekommen, würde ich Sie beglückwünschen können. Schauen Sie, wie unsere Handelspolitik und wie unsere Exportpolitik aussieht! Vor kurzem wurde ein Kompensationsvertrag mit Belgien abgeschlossen. Magnesit wurde nach Belgien transportiert und dafür bekam Österreich Röntgen- und Photomaterial. Die exportierenden Magnesitwerke erhielten den sechsfachen Inlandpreis für ihren Magnesit. Österreich zahlt für die Röntgenfilme ebenfalls den sechsfachen Preis. Das Dutzend Röntgenfilme, das früher um S 12-80 an Kliniken und Röntgenstationen geliefert wurde, kostet nun 71 S, das heißt, daß die Krankenkassen in Hinkunft nicht mehr in der Lage sind, die untersuchungsbedürftigen Arbeiter in die Röntgenstationen zu schicken, daß also statt fünf notwendigen Röntgenuntersuchungen in Hinkunft nur mehr eine durchgeführt werden kann. Das sind die berühmten Ergebnisse der freien österreichischen Initiative, für die Herr Landesrat Illig sich mit einer solchen Leidenschaft einsetzt. Täuschen wir uns nicht! Unsere Beratungen stehen nicht nur erfüllt von der Sorge um die kommenden Wochen, sondern unsere Beratungen stehen bereits auch im Schatten der Inflation. Wenn es nicht im letzten Augenblick gelingt, diese Preisentwicklung, die mehr als verbrecherisch zu bezeichnen ist, abzufangen, dann werden wir das Schicksal jener Staaten teilen, denen die Währungspolitik aus den Händen gleitet. Damit wird der letzte Rest unseres Nationalvermögens, das uns Krieg und Nachkriegszeit gelassen hat, zugrundegehen. Damit werden auch schwerste soziale Störungen hervorgerufen, Störungen, die allen ungelogen kommen, die gewillt sind, aus diesem Land wirklich ein Land zu schaffen, in dem wieder ein bescheidener Wohlstand möglich sein wird.

Nun die Frage der Versorgungsausschüsse und ihre Mitwirkung an den Kontrollen selbst! Gewiß, formell hat Landesrat Illig mit seinen Ausführungen (Landesrat Matzner: „Nicht einmal formell!“) zum Teile recht. Aber ich werfe eine Frage auf. Hat das bisherige Ergebnis der Tätigkeit der Versorgungsausschüsse für oder gegen die Versorgungsausschüsse gesprochen? Wenn Sie in der Lage sind, eine Reihe von Übergriffen anzuführen... (Zwischenruf: „Nicht einen einzigen!“) Aber selbst gegeben, es sind eine Reihe von solchen Übergriffen vorgekommen (Matzner: „Angenommen!“), so sind Sie nicht in der Lage, zu bestreiten, daß das Gesamtergebnis dieser Tätigkeit ein solches war, daß eine Reihe von Hochverrätern am österreichischen Volke festgestellt, eruiert und angeprangert werden konnte. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Landesrat Illig: „Konsumvereinsleiter nicht vergessen!“ Gestatten Sie mir folgendes, Herr Landesrat Dr. Illig: Nach meiner Auffassung und nach Auffassung meiner Partei gibt es kein Recht oder kein Unrecht, das vom Couleur abhängig ist. Wenn sich ein Konsumfilialleiter solche Verfehlungen zu-

schulden kommen läßt, so ist er genau so schuldig wie der Kaufmann, der in seinem eigenen Namen oder auf eigenes Risiko sein Geschäft führt. Es fällt uns gar nicht ein, den einen oder den andern deshalb, weil er unserer Partei angehört oder die Einrichtungen unserer Partei angehört, zu schützen. (Zwischenruf: „Der schwerbelastete Konsumvereinsleiter von Eisenerz ist noch immer Bürgermeister von Eisenerz!“) Aber, Herr Landesrat Illig, ich sage folgendes: Halten Sie es vom Standpunkte unserer Gesamtlage und der drohenden Gefahren, denen wir ausgesetzt sind, für verantwortlich, daß auch nur ein einziges Paar Schuhe deshalb vom Schimmel zerfressen wird, weil der eine sich nicht entschließen kann, dieses Paar Schuhe in den Handel zu bringen? Glauben Sie nicht, daß das, was zugrundegegangen, das, was vorenthalten wurde und das, was dem Schleichhandel zugeführt wurde, lediglich dazu beiträgt, eine Aufregung natürlich und selbstverständlich erscheinen zu lassen, eine Aufregung, die bei Fehlen dieser Voraussetzung durch gar keine Zeitungspressen herbeigeführt werden kann? (Dr. Illig: „Warum sprechen Sie nicht von den 100.000 Paar Strümpfen, die die Rote Armee beschlagnahmt hat? Da regt man sich nicht auf!“) Abg. Fischer: „Das ist eine Behauptung von Ihnen!“ — Dr. Illig: „Nein, das ist eine Tatsache!“ Wir haben jetzt die Schwierigkeiten, die in unserem Lande durch das Verhalten oder Dasein aller Besatzungsmächte entstehen, unerwähnt gelassen, weil leider die Einflußmöglichkeit der Österreicher nicht hinreicht, um die entstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Unsere Aufgabe ist die, die Fragen zu lösen, die uns zur Lösung bevorstehen und wenn wir unsere Aufgaben erfüllen wollen und gewillt sind, sie zu erfüllen, haben Sie gemeinsam mit uns die Verpflichtung, alles vorzukehren, was uns geeignet erscheint, um den Arbeitern, den Angestellten, Gewerbetreibenden und Kaufleuten, dem ganzen Volk das Leben zu erleichtern. Also darum geht letzten Endes die Frage und um nichts anderes. Sie sagen, — und ich pflichte Ihnen sogar grundsätzlich bei — Kontrolle ist eine Angelegenheit der Beamten. Ja, wenn die Beamten in diesem Lande schon in der Lage wären, sich jenes Vertrauen erwerben zu können, das erforderlich ist, um jeden Zweifel an die Objektivität auszuschließen, dann würde ich Ihnen restlos beipflichten. Aber vergessen Sie nicht, daß diese Beamten zweimal benötigt waren, gegen Gesetz und Recht zu handeln, einmal nach dem Jahre 1934 und dann nach dem Jahre 1938. Der Beamte besitzt heute in der Öffentlichkeit noch nicht jenes Vertrauen, das einem demokratischen Organ notwendig wäre, um seine Aufgabe wirklich erfüllen zu können. Wenn die Versorgungsausschüsse in der jetzigen Form ihren Aufgaben nicht vollständig gerecht geworden sind, wenn in dieser Form Übergriffe unvermeidlich waren, dann sind wir der Meinung, daß es zweckmäßiger ist, diese Versorgungsausschüsse zu reformieren als ihre Mitwirkung in dieser Art abzuschaffen. Auch Kreise der Kaufleute, die ja von diesen Kontrollen

in erster Linie betroffen werden könnten, pflichten meiner Auffassung bei. (Dr. Illig: „Nicht einmal Ihre eigenen Mitglieder des Freien Wirtschaftsverbandes!“) Das ist nicht wahr, das stimmt ja nicht, denn, Herr Landesrat, diese Ausführungen habe ich vor kurzem vor den Fachgruppenmännern des Handels dargelegt und nicht ein einziger der Anwesenden hat meinen Auffassungen widersprochen, sondern im Gegenteil, fast alle, die sich zum Wort gemeldet haben, haben die Ausführungen ihres Präsidenten, des Herrn Dr. Maitz, der Ihre Verordnung als Erfolg des Handels dargelegt hat, abgelehnt. (Dr. Illig: „Dann haben sie Angst vor dem Landtagspräsidenten Stockbauer!“) Der anständige Kaufmann und der anständige Gewerbetreibende ist durch eine Kontrolle des Versorgungsausschusses weit weniger bedroht als durch die Ergebnisse Ihrer Preispolitik. Die Angst vor den ewig kletternden Inlandspreisen bewegt den Handelsstand weit mehr als Sie gelten lassen wollen und vor allem mehr als die Versorgungsausschüsse. Abschließend möchte ich feststellen, daß wir die Ausführungen des Landeshauptmannes zur Kenntnis genommen haben, daß wir aber erwarten, daß unsere heutige Diskussion über die Versorgungsausschüsse mit dazu beiträgt, eine vernünftige Wirtschaftspolitik im Lande zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Abg. Fischer: Hohes Haus! Wenn wir die heutige Diskussion verfolgen, und vor allem, wenn wir uns ernstlich die Ausführungen des Herrn Landesrates Illig überlegen, so müssen wir zu sehr merkwürdigen und sehr verzerrten Schlußfolgerungen kommen. Man müßte glauben, daß schließlich und endlich Landesrat Illig seine Ausführungen damit geschlossen hat, daß das Ziel der Politik, das er verfolgt hat, daß der Zweck seines Erlasses ist, auch sein Scherflein zum Kampf gegen den Kommunismus beizutragen, müßte man zu der Meinung kommen, daß diese Versorgungsausschüsse unmittelbar aus Moskau von den Bolschewiken und den Kommunisten hier eingeführt, von ihnen beherrscht und zu bösen Zwecken mißbraucht werden. Wie schaut es aber wirklich aus, Herr Landesrat? Diese Versorgungsausschüsse sind entstanden auf Grund der Verordnung des Landeshauptmannes Ihrer Partei. In diesen Versorgungsausschüssen sitzen sehr viele Leute, darunter sehr wenig Kommunisten. (Doktor Illig: „Sehr viele Kommunisten!“) Im Landesversorgungsausschuß sitzt ein einziger Kommunist, im Grazer Bezirksversorgungsausschuß ebenso ein einziger Kommunist. (Dr. Illig: „Dort ist auch keine Kontrolle, aber wo die Kommunisten als geballte Ladung aufscheinen, dort sind die Übergriffe!“). Herr Landesrat, ich gebe Ihnen recht, dort, wo mehr Kommunisten waren, dort haben sie etwas geleistet. Das ist eine Tatsache, das haben Sie selber gesagt. Sie haben in Leoben etwas geleistet, sie haben für unsere Bevölkerung hunderte Tonnen von Lebensmitteln zutage gebracht. Und wenn Sie sich irgendwelche sentimentale Dienst-

mädchenbriefe aus Leoben bestellen, so gehen Sie doch damit vor ein anderes Publikum als vor den Landtag. Das scheint mir eine Verhöhnung des Landtages und der Demokratie.

Was ist nun der Anlaß der Diskussion gewesen? Gewiß, auch wir wollten eine dringliche Anfrage einbringen. Wir können das aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen nicht. Die sozialistische Partei also, nicht wir, hat eine dringliche Anfrage eingebracht, wahrscheinlich deshalb, weil es von Tag zu Tag besser geht, weil wir von Tag zu Tag mehr produzieren, weil die Unruhe in der Bevölkerung, weil die Sorgen, die Not und das Elend nur eine Erfindung der „Wahrheit“ sind. Ich glaube, die Sozialisten kommen sicher nicht in den Verdacht, daß sie als leidenschaftliche Anhänger der „Wahrheit“, begeistert von dem, was in der „Wahrheit“ stand, heute auszogen, um eine dringliche Anfrage an den Landeshauptmann zu stellen. Also, Herr Landesrat, es scheint doch etwas daran zu sein, daß im Lande Steiermark nicht alles am besten ist, sondern daß unser Volk Not und Elend leidet. Es scheint doch so zu sein, daß wir uns in diesem Landtag ernstlich damit beschäftigen müssen, den Kampf gegen Not und Elend zu organisieren und wenn Sie den Kampf gegen den Kommunismus organisieren wollen, dann begeben Sie sich zu Ihren Kollegen nach Wolfsberg. (Dr. Illig: „Für mich ist der Kampf gegen Not und Elend identisch mit dem Kampf gegen den Kommunismus!“) Sie werfen den anderen vor, sie dürfen keine Demagogie betreiben. Bei Ihnen handelt es sich in Wirklichkeit um den Kampf gegen den Kommunismus. Was dahinter steckt, Herr Landesrat, vielleicht geben Sie sich selbst nicht restlos Rechenschaft. Mit dem Kampf gegen den Kommunismus fängt es an, dann kommen die Sozialisten, dann zum Schluß die Katholiken, dann sind wir dort, wo wir schon waren. Sie haben vom Kampf gegen die Kommunisten gesprochen als identisch mit dem Kampf gegen Not und Elend. Man müßte also daraus schließen, dort, wo es keine Kommunisten gibt, gibt es keine Not und kein Elend und dort, wo nur Kommunisten sind, dort ist Not und Elend. Aber Sie saßen nicht hier, wenn nicht ein Land mitten in Europa wäre, wo die Kommunisten herrschen. Sie saßen nicht hier und keiner von uns säße hier, nur Trümmer wären hier an dieser Stelle, wenn es nicht ein Land gäbe, das von Kommunisten beherrscht wird und das die Welt befreit und gerettet hat vom faschistischen Joch. Niemand säße auf der Anklagebank in Nürnberg, wenn es keine Kommunisten gäbe, die über ein Sechstel der Erde herrschen. Sie kommen nicht über die Tatsache hinweg, daß es in diesem ganzen Europa heute kein Land gibt, in dem es so schlecht geht, wie in Österreich. In Österreich geht es am schlechtesten, weil die Kommunisten hier schwach sind. Was hat man gehört von Ihnen und von anderen über die Tschechoslowakei, über Jugoslawien und Ungarn? Um Gottes willen, seht nach Ungarn, dort ist Inflation, nach Süden, dort herrscht der

Terror, dort geht es immer mehr bergab. Und was sagen Sie heute? Es kommt darauf an, daß es in diesen Ländern den Kommunisten gelungen ist, alle aufbauwilligen Kräfte zu vereinen im Kampf gegen die Not und für den Wiederaufbau. Hier in Österreich ist es uns leider nicht gelungen. Es ist wahr, wir waren ein Drittel, aber die beiden anderen Drittel haben gegen uns entschieden und gegen uns ihre Beschlüsse gefaßt, so hat uns das nichts geholfen. Aber noch eines, das kann man leicht unter Beweis stellen. Vor einem Jahr, als noch die Provisorische Regierung war, ging es in Österreich besser, Herr Landesrat. Da haben wir nicht 1200 Kalorien gehabt, da standen wir nicht vor einer Hungersnot, nicht vor der Tatsache, daß wir bis heute noch nicht ein Stück Holz nach Grätz gebracht haben. Das können Sie nicht bestreiten. Das war unmittelbar nach dem Kriege. Wenn Sie heute sagen, die Produktion läuft an, so können Sie das ebenso gut in der „Wahrheit“ gelesen haben. Wir wissen es, die Produktion läuft an, nicht nur die Handelskammerziffern beweisen es, wir sind fest verbunden mit den Betrieben, kennen die Not und das Leid der Arbeiter und haben einen nennenswerten Teil dazu beigetragen, daß diese Arbeit geleistet wurde. Wir haben einen großen Teil dazu beigetragen, die Arbeiter zu überzeugen, daß wir arbeiten und aufbauen müssen, wir sind entschlossen, dies auch weiterhin zu tun. (Dr. Illig: „Ja, Sie können Ihre Freude nicht verbergen, wenn ein Streik droht!“) Sie können nicht bestreiten, daß die Produktion gestiegen ist, daß aber die Bevölkerung, die Masse der Angestellten, der Arbeiter und Herr Landesrat Illig nicht zuletzt die Masse der Bauern von dieser Vermehrung der Produktion nichts spürt. (Illig: „Das ist unwahr!“) Landesrat Illig hat gesagt, wir haben noch Furchtbareres vor, wir wollen das gesamte Ernährungswesen dem Landes-Versorgungsausschuß unterstellen. Wir haben dies vorgeschlagen. (Dr. Illig: „Daraus wird nichts, das sollen Sie gleich wissen!“) Wir sind überzeugt, daß das eine wirksame Maßnahme im Kampf gegen Hunger und Elend bringt, nicht nur wir, sondern auch die Masse der Bevölkerung ist überzeugt davon. Sehen wir uns die Entwicklung der Landes-Versorgungsausschüsse an. Sie sind entstanden durch Initiative eines Bauern, des Herrn Landeshauptmannes. Sie sind entstanden zuerst ausschließlich als Organ zur Unterstützung der Aufbringung von Lebensmitteln auf dem Lande, zur Kontrolle der Aufbringung. In fast allen diesen Versorgungsausschüssen, auch im Landes- und im Bezirks-Versorgungsausschuß haben die Vertreter der Bauern gesagt: „Wir haben nichts gegen diese Kontrolle, kontrollieren Sie, überzeugen Sie sich, daß es bei uns ehrlich und gerecht zugeht, aber auch wir wollen kontrollieren. Ihr wollt die Lebensmittel vom Lande, wir Bauern brauchen Schuhe, Kleider, Werkzeug, Maschinen, auch wir wollen kontrollieren, wohin gehen die Industrieartikel?“ Damals, als die Bauern kontrolliert wurden, gab es keine öster-

reichische Verfassung, kein Gesetz und nichts dergleichen für Landesrat Illig. Damals war alles in Ordnung, da sind die Versorgungsausschüsse in die Bauernhöfe gegangen, die Versorgungsausschüsse waren nicht ungesetzlich, es war alles in Ordnung damals. Anders wurde es, als dazu übergegangen wurde, nicht nur die Bauern, sondern auch die Händler zu kontrollieren. Aber das war nicht das Entscheidende. Das Entscheidende war, als man davon gesprochen hat, man müsse nicht nur die Kaufleute sondern auch die Produktion kontrollieren, man müsse kontrollieren, wohin die Waren gehen, die erzeugt werden. Wieso können sie ins Ausland verschoben werden? Wir kennen die offiziellen Ziffern, wir wissen, daß wir im Auslande Millionenguthaben haben. Erst dann ist die Handelskammer nervös geworden, die Kontrolle bei den Bauern hat sie nicht irritiert. Damals wurde kein Erlaß herausgegeben, nicht protestiert gegen Gesetzesverletzungen, aber jetzt, wo man daran gegangen ist, nicht irgendwelche kleine Vergehen, sondern die großen Gauner zu erwischen, ist der „Illig-Erlaß“ erschienen. Es ist Tatsache, die kein Mensch bestreiten kann, daß monatelang Hofkontrollen durchgeführt und Lebensmittel gesucht wurden und kein Mensch geschrien hat, auch die Bauern nicht, zu ihrer Ehre sei dies gesagt. Bauern und Arbeiter haben sich gut verstanden. Sie haben nicht protestiert, aber die Bauern haben verlangt, geht einmal dorthin und kontrolliert auch dort! Und über Wunsch der Bauern und Arbeiter sind diese Kontrollen durchgeführt worden. Da hat die Handelskammer in Gestalt des Dr. Illig Zetter und Mordio geschrien. Sie weiß warum. Das bezeichnet sie als Kommunismus, da ist die Gefahr für diese Herren von der Handelskammer, für die Großindustriellen und Großkapitalisten, wenn sich Bauern und Arbeiter verstehen, dann ist das Ende da für die Großkapitalisten. Das ist die Tatsache und das meinen Sie mit dem Kampf gegen den Kommunismus. Wenn wir von Demokratie sprechen: Diese Versorgungsausschüsse sind gewiß demokratische Organe, sie sprengen nicht die Verfassung, weder die Landes- noch die Bundesverfassung. Man soll nicht dem Landeshauptmann Angst einjagen wollen, sozusagen in seine Kompetenz eingreifen. Dieser Landes-Versorgungsausschuß ist ja unter seinem Vorsitz gebildet, sozusagen sein Ausschuß, mit dessen Hilfe er die Aufbringung und Verteilung kontrolliert und durchführt. Lassen wir uns nicht bange machen vom Bolschewikenschreck des Herrn Landesrates Illig. Der Landeshauptmann wird nicht entthront, auch die Landesregierung nicht, aber etwas anderes. Die großen Schieber werden gefaßt, das ist das Schlimme und darum wird mit Recht der „Illig-Erlaß“ als ein Erlaß zum Schutze der Schieber bezeichnet. Herr Landesrat Illig, Sie sind so überzeugt wie ich, es ist bisher in Graz gelungen, diese Kontrollen zu verhindern, Sie sind so überzeugt wie ich, in Leoben waren es Hunderte von Tonnen, die gefunden wurden, in Graz wird es

das Zehnfache sein. (Dr. Illig: „Das ist maßlos übertrieben!“) Nichts ist übertrieben, in Graz finden wir ein Vielfaches. (Illig: „In Graz finden Sie kein Vielfaches und gibt es keine Kontrolle durch den Versorgungsausschuß!“) Weil diese Kontrollen durch Ihren Freund, den Herrn Stadtrat Pratter, und von Ihnen verhindert werden, xmal wollte der Versorgungsausschuß die Kontrolle durchführen. (Dr. Illig: „Die Wirtschaftspolizei genügt!“) Eben, die Wirtschaftspolizei genügt, sie genügt so gut, daß unsere ganze Produktion ins Ausland verschoben wird. Das ist der Erfolg der Wirtschaftspolizei, das ist der Erfolg der Wirtschaftsverbände. Nehmen wir ein anderes Beispiel. (Dr. Illig: „Sie haben keine Ahnung von diesen Dingen!“) Herr Dr. Illig, es ist eine sehr billige Demagogie, jemandem anderen zu sagen: „Sie haben keine Ahnung“. Wir befinden uns nicht auf einem Kolleg, bei einem Vortrag über Nationalökonomie, sondern wir reden von den Dingen, über die wir heute zu entscheiden haben und die wichtig und zu entscheiden sind. Der kleine Ortsversorgungsausschuß von Liebenau hat den Beweis erbracht, der zu erbringen war. Er hat den Beweis erbracht, daß ein solch demokratisch zusammengesetztes Organ im Einverständnis mit den Bauern mehr aufzubringen vermag als die Wirtschaftsverbände mit all den Härten der Ablieferungspflicht. Was im Kleinen gilt, gilt auch im Großen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß natürlich letzten Endes alles das, was durch solche Kontrollen der Versorgungsausschüsse, sei es auf dem Lande, sei es bei Kaufleuten, hereingebracht wird, grundsätzlich an unserer Versorgung nicht viel ändern wird. Es wird da und dort etwas verbessern, aber entscheidend wird es nicht sein. Entscheidend wird es sein, wenn die Produktion unserer Industrie — denn wir sind ein Industrie- und kein Agrarland — wirklich unter öffentlicher Kontrolle verwaltet und verteilt wird. Wenn wir nicht erst heute, wenn wir schon von allem Anfang an eine solche demokratische Kontrolle an unseren Produkten, der Warenverteilung und des Exportes durchgeführt hätten, dann gäbe es heute hier so wenig Hunger wie in der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien. Wir haben es versäumt, das heißt aber nicht, daß es schon zu spät ist, nachzuholen, was wir versäumten. Nicht nur Versorgungsausschüsse, auch Produktionsausschüsse, demokratische Produktionsausschüsse sind notwendig, um zu verhindern, daß unsere Produktion verschoben wird, um zu verhindern, daß wir nicht nur keine Lebensmittel, sondern auch nicht die notwendigsten Industriewaren für die Bevölkerung in Stadt und Land bekommen, um zu verhindern, daß unsere Waren ins Ausland gegen Devisen verschoben werden, statt daß wir Lebensmittel und Rohstoffe bekommen, wie wir sie brauchen. Also wir bösen Kommunisten fordern nicht nur die Unterstellung des Ernährungswesens unter die Versorgungsausschüsse, wir fordern darüber hinaus die Errichtung von Produktionsausschüssen, denn die

erst können eine entscheidende Rolle in der Verbesserung unserer Notlage spielen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Abg. Machold: Hohes Haus! In dieser vorgedrückten Stunde werde ich Sie nicht lange aufhalten. Es haben sich ohnehin drei meiner Parteifreunde von der Rednerliste streichen lassen und so kann ich dies zum Anlaß nehmen, auch meinerseits auf die Ausführungen des Kollegen Illig zurückzukommen. Es ist so, wie hier bereits gesagt wurde, daß die Verordnung über die Versorgungsausschüsse nicht allein betrachtet werden kann. Wenn ihre Gesetzmäßigkeit bestritten wird, dann möchte ich auf folgendes verweisen: In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 ist die Rote Armee bei uns eingezogen. Kurze Zeit darauf, das war am 20. Mai, war ich gezwungen — als damaliges Landesoberhaupt — eine Verordnung herauszugeben, durch welche die Ortsbauernräte eingesetzt wurden. Diese Verordnung ist erlassen worden im Einvernehmen mit der Landeslandwirtschaftskammer. Sie besteht heute noch. Wenn man nun sagen wollte, daß die Verordnung über die Versorgungsausschüsse ungesetzlich ist, so ist es auch die Verordnung über die Bauernräte. Aber sie wurde geschaffen, weil sie zwingend notwendig war, weil sie damals mir als Landeshauptmann und der Landeslandwirtschaftskammer erst die Möglichkeit gab, die nach dem Kriege völlig zusammengebrochene Lebensmittelversorgung neu aufzurichten. In der Kriegszeit bestanden die nazistischen Ortsbauernführer am Lande. Sie regelten die Lebensmittelaufbringung in ihrer Weise. Wir mußten einen völlig neuen Apparat aufbauen und dieser wurde durch die Ortsbauernräte geschaffen. Der Herr Kollege Illig hat die Versorgungsausschüsse selbst heute hier im Hause nicht mehr als ungesetzlich dargestellt — wie er das sonst tat —, sondern hat erklärt, er habe sie durch seine Verordnung nur auf ihren richtigen Wirkungskreis zurückgeführt, so wie sie der Herr Landeshauptmann eigentlich auch gedacht hat. Das ist nicht richtig, was der Herr Kollege Illig sagt. In der Verordnung des Herrn Landeshauptmannes heißt es unter anderen Bestimmungen auch: „In die Kompetenz der Versorgungsausschüsse fällt die Organisation und Kontrolle der Verbrauchsgüter.“ Die Bestimmung besagt also, daß die Versorgungsausschüsse die Organisation und die Kontrolle über die Verbrauchsgüter über haben. Sie, Herr Kollege Illig, konnten also nichts anderes verordnen, ohne sich in Gegensatz zu stellen mit der Verordnung des Herrn Landeshauptmannes. Auf die teils satirischen, teils launigen anderen Äußerungen des Herrn Landesrates Illig, die er gemacht hat in seiner Rede und die mit der Sache selbst überhaupt nichts zu tun haben, möchte ich hier nicht weiter reagieren, sondern nur feststellen, daß auch hier nicht ganz richtige Darstellungen gegeben wurden. In der Landesregierung selbst können die meisten Angelegenheiten keineswegs eingehend behandelt werden, dazu sind die Referenten da und der Landeshauptmann selbst führt das Ernährungs-

referat, Herr Landesrat Illig das Landeswirtschaftsreferat. Er wird mir wohl nicht widersprechen können, wenn ich sage, daß in sehr wenigen Fällen eine eingehende, gründliche Behandlung der Ernährungs- und Wirtschaftsfragen in der Landesregierung durchgeführt worden ist. Es wäre vielleicht gut, wenn dies geschähe. Eine falsche Darstellung ist es aber, wenn die Sache im Landtag so erläutert wird, als ob alle Mitglieder der Landesregierung über alles Bescheid wüßten und damit die Verantwortung auch über die Referate der ÖVP. von uns Sozialisten mitgetragen werden müßte. Der Herr Landesrat Illig weiß auch nicht, was ich im Sanitätsreferat mache und was die anderen Regierungsmitglieder in ihren Referaten machen. Für die anderen Referate wird er bestimmt jede Verantwortung ablehnen. Und ich weiß in der Regel auch nicht, was der Herr Landeshauptmann im Ernährungsdienst anordnet und was der Herr Landesrat Illig im Wirtschaftsreferat tut oder der Herr Kollege Udier in seinem Ressort. Die Darstellung, daß die gesamte Landesregierung alles weiß und für alles mitverantwortlich ist, ist also nicht richtig. Es ist gewiß mitunter unterhältlich, die launigen und witzigen Redewendungen des Kollegen Illig anzuhören — auch die Galerie kommt dabei auf die Rechnung —, aber als Argumentation gehen sie daneben. Richtig ist, daß alle Wirtschaftsämter im Lande in den Händen der ÖVP. liegen. Das Ernährungsreferat führt der Herr Landeshauptmann, Handel und Gewerbe ist in Ihren Händen, Herr Landesrat Illig, die Landeslandwirtschaftskammer hat Kollege Hollersbacher (Dr. Illig: „Die Industrie hat Kollege Matzner!“) und so ist die ÖVP. für Lebensmittelaufbringung und Versorgung und die Wirtschaft im Lande verantwortlich und nicht die SPÖ. Auch in Wien ist es nicht anders. Die ÖVP. hat die Mehrheit und die Wirtschaftsämter in Händen. Es ist eine falsche Darstellung, wenn Sie sagen, der Ernährungsminister allein soll von uns gefragt werden, er muß alles wissen und er ist ein Sozialist. Ich erinnere Sie daran, daß Sie selbst dabei waren bei der Deputation damals in Wien beim Bundeskanzler Figl. Die Wogen gingen in Steiermark damals auch recht hoch und die Arbeiter wollten die Arbeit niederlegen. Wer hat damals die Zusage gemacht, daß die Arbeiterschaft und die Bevölkerung in Steiermark höhere Lebensmittellieferungen bekommt, — die Zusage konnte dann leider nicht eingehalten werden — der Ernährungsminister oder der Bundeskanzler? Doch nur der Bundeskanzler. Und ich billige ihm auch das Recht als Chef der Bundesregierung zu, in schwierigen Situationen nicht nur einzugreifen, sondern auch die Verantwortung für den Ressortminister zu übernehmen. Und so ist es auch bei uns in Steiermark. Auch hier ist der Landeshauptmann der Chef und nicht der Landesrat Dr. Illig. Ich bedaure sehr, daß Sie sich in einem offensichtlichen Gegensatz zum Landeshauptmann befinden. Zudem sind Sie und er in der gleichen Partei. Wenn Sie heute hier diese Dinge so im Detail — allerdings unrichtig — dar-

gestellt haben, bleibt mir wohl nichts anderes übrig, als einiges, das Sie vergessen haben, bekanntzugeben, zu ergänzen. Die Verordnung des Herrn Landeshauptmannes ist keineswegs ungesetzlich. Es ist selbstverständlich, daß der Landeshauptmann das Recht hat, sich überall, wo er es für nützlich oder notwendig hält, Hilfsorganisationen zu schaffen, die ihn beraten und unterstützen können. Er hat zweifellos dazu das Recht. Das habe ich als Landeshauptmann so gehandhabt, das ist unter dem Landeshauptmann Pirchegger so geschehen und das wird immer so bei jedem Nachfolger geschehen. Eine Verordnung des Landeshauptmannes kann durch eine Verordnung eines Landesrates weder aufgehoben noch einschränkend interpretiert werden, das muß auch Landesrat Illig zur Kenntnis nehmen. Deshalb ist die Verordnung, die der Herr Landesrat Illig erlassen hat, ein Eingriff in die Kompetenz des Landeshauptmannes. Das Referat, das der Herr Landesrat in der Landesregierung führt, ist ein Referat der mittelbaren Bundesverwaltung. Die mittelbare Bundesverwaltung vertritt der Landeshauptmann. Der Landeshauptmann kann nach unserer Geschäftsordnung solche Referate an einzelne Landesregierungsmitglieder abgeben. Aber genau so wie der Landeshauptmann in diesen Referaten an die Weisungen des zuständigen Bundesministers gebunden ist, genau so ist der Referent in der Landesregierung an die Weisungen des Landeshauptmannes gebunden. Ohne Zustimmung des Landeshauptmannes kann eine solche von ihm erlassene Verordnung nicht aus der Welt geschafft werden. Die Kundmachung Dr. Illigs besteht also nicht zu Recht, sie ist ungesetzlich. Dagegen besteht die Verordnung des Landeshauptmannes zu Recht und nach dieser Verordnung haben sich die nachgeordneten behördlichen Organe in Steiermark zu richten. Nebenbei sei bemerkt, daß in dieser sogenannten Verordnung des Herrn Landesrates Illig Dinge enthalten sind, die überhaupt nicht verordnet werden können. Sie ist ein Unikum. Eine Verordnung, die beispielsweise folgenden Satz enthält: „Hiezu wird noch bemerkt, daß es völlig unangebracht ist, einen Erwerbsstand — in diesem Fall die Kaufleute — zu diffamieren“ ist keine Verordnung. Meine Herren und Damen! Ist das eine Verordnung, wenn darin Kritiken und Belehrungen an die Presse erteilt werden? Eine Verordnung hat klipp und klar festzustellen, was zu geschehen hat, aber nicht zu polemisieren. Wenn der Herr Landesrat Illig Kritik an der Presse üben will und ihr sagen will, daß das eine oder etwas anderes diffamierend ist, dann bitte in der und durch die Presse. Das zu dieser seltsamen Verordnung des Herrn Landesrates. Im übrigen aber weiß ich, daß Herr Kollege Illig es gar nicht so böse meint, wie er es hier zum Ausdruck gebracht hat. Er ist ein tüchtiger Fachmann und ich war es ja, als ich Landeshauptmann war, der ihn zum provisorischen Kammeramtsdirektor berufen hat. Hoffentlich wird von der Gegenseite daraus nicht etwa die Konsequenz gezogen, daß ich an seiner Verordnung mitschuldig bin, weil ich ihn eben seinerzeit

berufen habe. (Heiterkeit.) Für dieses, sein ur-eigenstes Produkt, könnte ich die Verantwortung nicht übernehmen. Ich bin nicht der Meinung, daß der Landtag zu solchen Fragen nicht Stellung nehmen soll, sondern der Bund. Die Bundesregierung in allen Ehren, wir werden ja hören, was sie sagt und wie sie die Sache auffaßt, aber der Landtag, dessen Abgeordnete sehen, wie schlecht es den Menschen hier geht, wie die Not umsichgreift, die in banger Sorge sind, wie der Winter vorübergehen wird, die alle diese Schmerzen und Leiden kennen, dieser Landtag muß in irgendeiner Weise zu diesen wichtigen Dingen Stellung nehmen. Der Herr Landesrat Illig hat uns Sozialisten den stillen und indirekten Vorwurf gemacht, daß wir die dringliche Anfrage überhaupt gestellt haben. Nach seiner Meinung sollten wir uns immer nur in der Landesregierung still zusammensetzen und dort beraten und beschließen, so daß niemand anderer davon etwas hört. Das wäre schlecht. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, daß man darüber redet, sie hat das Recht, auch wenn wir in der Landesregierung zusammenarbeiten, Aufschluß über wichtige Dinge zu bekommen. Die Einbringung unserer heutigen dringlichen Anfrage entspricht der Notwendigkeit und hat mit Demagogie nichts zu tun. Der Herr Kollege Illig stellt sich weiter auf den Rechtsstandpunkt. Nun bitte, vielleicht hat er formell in dem einen oder andern recht. Aber, Hoher Landtag! In solchen ernstesten Situationen, in einer so ernstesten Zeit muß man auch den Mut aufbringen, sich unter Umständen über formelle juristische Bedenken hinwegzusetzen. Da kann man aber mit dem Doktor der Rechte, Kollegen Illig, nicht sprechen. Nach seinem Rechtsstandpunkt ist diese Verordnung über die Versorgungsausschüsse verfassungswidrig, alle Vernunftsgründe sind ihm egal. Aber wir haben hier nicht über Verfassungsfragen zu reden. Ob das oder jenes den Gesetzesparagrafen entspricht oder nicht, das interessiert die Leute da draußen wenig. Die Menschen da draußen haben keine Schuhe, keine Kleider, haben nichts zu essen und wie dem abgeholfen werden soll, das interessiert sie. (Doktor Illig: „Das ist ein gefährlicher Bumerang, wenn Sie sich über die Verfassung hinwegsetzen!“) Herr Dr. Illig, das ist eine maßlose Übertreibung. Erstens ist es absolut nicht sicher, ob die Verordnung verfassungswidrig ist — ich bestreite es — und zweitens, wenn es so wäre, so haben wir es eben mit einer Notmaßnahme zu tun. Die Versorgungsausschüsse sind aus der Not der Zeit geboren, man hat sie eingesetzt, weil man sie braucht. Schließlich und endlich muß man in solchen ernstesten Zeiten ein Ventil öffnen. Man muß die Bevölkerung selbst heranziehen, damit sie Einblick bekommt. Das kann man verantworten und das kann kein Bumerang werden, Herr Kollege Illig!

Es wurde auch gesagt, daß die Versorgungsausschüsse in Graz keine Kontrolle ausüben und es so auch geht. Vielleicht geht es in Graz. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir in Graz die Staats- und die Wirtschaftspolizei mit ihren Organen haben

(Zwischenruf: „Aber keinen Herrn Hütter!“), die Ordnung in diese Dinge bringen können. Draußen in der Provinz, da haben wir nur den Bezirkshauptmann, ein paar Beamte und die an Zahl unzulängliche Gendarmerie. Daß man da im Bedarfsfalle auch nichtbehördliche Organe heranzieht, ist selbstverständlich. Eine solche Heranziehung von Privatpersonen zu Amtshandlungen war immer gang und gäbe. Wie oft schon hat im Bedarfsfalle die Gendarmerie Assistenz herangezogen und Privatpersonen zur Unterstützung aufgerufen. Ich glaube also, daß die Bedenken nach dieser Richtung weit übertrieben sind. Jedenfalls hat der Landtag die Pflicht, eine Entscheidung zu treffen, und zwar vor allem deshalb, weil die Verordnung des Landeshauptmannes und die Verordnung des Landesrates Dr. Illig sich widersprechen und die Behörden nicht wissen, was sie machen sollen. Es muß demnach eine Klärstellung erfolgen. Weil ich überzeugt bin, daß der Landtag aus dem Bewußtsein der Pflichterfüllung heraus zu einer Entscheidung kommen muß, unterbreite ich folgenden Antrag:

„Der Landtag gibt seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß die durch Verordnung des Landeshauptmannes geschaffenen Versorgungsausschüsse eine Notmaßnahme in der gegenwärtigen schweren Zeit darstellen. Die Versorgungsausschüsse sind bei entsprechendem Wirken im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenzen geeignet, die Tätigkeit der Behörden zu unterstützen und zu erleichtern und zur Verständigung zwischen Produzenten, Verteilern und Konsumenten beizutragen. Der Landtag ist weiter der Meinung, daß zu Kontrollen in erster Linie die behördlichen Organe heranzuziehen sind. Um den demokratischen Charakter der Versorgungsausschüsse voll zu gewährleisten, wäre bei Heranziehung von Mitgliedern der Versorgungsausschüsse zu Kontrollen auch einem Vertreter der Handels- und Gewerbekammer das Recht der Teilnahme einzuräumen. Die Landesregierung wird aufgefordert, in diesem Sinne die Versorgungsausschüsse zu ergänzen.“

Die Versorgungsausschüsse sind zusammengesetzt aus Vertretern der Land- und Forstwirtschaft, Verbrauchern usw. Ein Vertreter der Handels- und Gewerbekammer war bei den Kontrollen nicht dabei. Es erscheint naheliegend und würde unserer Rechtsauffassung und den demokratischen Grundsätzen entsprechen, wenn auch die Vertreter dieser Körperschaft die Möglichkeit hätten, an solchen Kontrollen teilzunehmen. Dieser Mangel soll behoben werden und die Landesregierung soll im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann eine solche Ergänzung schaffen. Ich bitte Sie, Hoher Landtag, diesen Antrag anzunehmen.

Landesrat Krainer: Hohes Haus! Es ist verständlich, daß der Wunsch besteht, alle die Nöte, in denen sich unser Volk befindet, öffentlich zu erörtern. Es ist sicherlich von allen Seiten der Wunsch geäußert worden und die ernste Absicht, wo nur irgendeine Möglichkeit besteht, den Notständen abzuhelpen oder zu untersuchen, ob nicht die Ernährung oder

die Brennholzfrage gelöst werden kann, damit das steirische Volk beruhigt dem Winter entgegensehen kann. Es wurde dennoch der Versuch gemacht, die ÖVP.-Abgeordneten so auf der Anklagebank sitzen zu haben und ihnen Vorwürfe und nochmals Vorwürfe entgegenschleudern, weil sie nicht in der Lage wären, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig wären, ein Versuch, aus der Not politisches Kapital zu schlagen. Wir haben jederzeit eine solche Art der Behandlung abgelehnt, deshalb, weil wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die Not uns Elend genug bringt und daß wir nicht auch noch diese Frage in die Politik hineinwerfen dürfen, um Leidenschaften aufzustacheln. Ich glaube, es ist vernünftig, wenn wir uns brüderlich alle zusammenraffen, auf welchem Sektor immer und wenn wir auch an die Alliierte Kommission appellieren, uns alle Produktionsmittel, die wir selbst im Lande erzeugen, zu belassen, damit wir unserer Bevölkerung mehr geben können, als bisher möglich war. Wenn versucht wird, zu behaupten, daß eine falsche Preis- und Exportpolitik betrieben wird, so ist eine solche Behauptung leicht aufgestellt, aber es ist niemand in der Lage, wirklich zu beweisen, daß sie schon falsch ist. Es wird behauptet, daß sich einzelne Kapitalisten bereichern wollen, dadurch, daß sie sich im Ausland Devisen anlegen. Nun, eine Tatsache ist unbestreitbar. Die österreichische Regierung kontrolliert jede Tonne Ausfuhr. Jede Tonne, die ausgeführt wird, geht durch das Warenverkehrsbüro und es ist bekannt, wer ausführt und wohin ausgeführt wird. Daß sich innerhalb dieser kurzen Frist — es sind ja erst einige Monate her, und zwar seit Juli, seit die österreichische Regierung überhaupt das Recht hat, selbständig Auslandsbeziehungen zu betreiben bzw. zu exportieren — bereits ungünstige Auswirkungen dieses kleinen Exportes feststellen lassen, bestreite ich. Wenn ein Produktionsmittel herausgegriffen wird, wie z. B. das Papier, so verweise ich darauf, das es, wenn es überhaupt ausgeführt wird, daß es zu dem Zwecke ausgeführt wird, um dafür Lebensmittel hereinzubringen. Und ich glaube, ein Urteil, ob die begonnene Exportpolitik richtig oder nicht richtig ist, — ob nun der Vorwurf von der sozialistischen oder der kommunistischen Seite kommt — dieses Urteil werden wir erst in späteren Monaten sprechen können und ich bin überzeugt, daß Handelspolitik in einer Art betrieben wird, die den Lebensstandard unseres Volkes zu heben imstande sein wird. Es

hat keinen Sinn, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, ich hielte es für vernünftiger, wenn wir alle zusammenstehen und trachten, die Not des Volkes zu beseitigen, sie zu beheben.

Der Herr Landeshauptmann - Stellvertreter Machold hat hier einen Antrag gestellt, in dem er den Versorgungsausschüssen eine neue Richtlinie geben will. Es hat der Landeshauptmann in seiner Antwort bereits gesagt, daß er morgen in Wien Gelegenheit haben wird, bei der Bundesregierung, bzw. beim Verfassungsdienst über diese Frage zu verhandeln. Ich halte es daher nicht für zweckmäßig, dem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich stelle vielmehr den Antrag, die Antwort, die der Herr Landeshauptmann auf die dringliche Anfrage gegeben hat, als befriedigend zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Im Sinne des § 58 der Geschäftsordnung werde ich über beide Beschlußanträge zu Beginn der nächsten Sitzung abstimmen lassen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich bringe zur Kenntnis, daß folgende Ausschüsse für morgen, den 16., einberufen worden sind:

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß um 15 Uhr im Bibliothekszimmer, der Fürsorgeausschuß um 9 Uhr im Landhaus, im Zimmer des Herrn Landesrates Oberzaucher, der Landeskulturausschuß um 11 Uhr im Landhaus, im Bibliothekszimmer, der Volksbildungsausschuß um 9 Uhr im Landhaus neben dem Zimmer des Herrn Landesrates Horvatek, der Wiederaufbauausschuß um 15 Uhr im Landhaus neben dem Zimmer des Herrn Landesrates Horvatek, der Verkehrs- und Volksbildungsausschuß um 16 Uhr im Landhaus neben dem Zimmer des Herrn Landesrates Horvatek.

Hiemit erkläre ich die heutige 13. Sitzung des Steiermärkischen Landtages für geschlossen. Die nächste Landtagssitzung findet am Donnerstag, den 17., um 16 Uhr statt. In die Tagesordnung der nächsten Sitzung sind die mündlichen Berichte zu den heute zugewiesenen Regierungsvorlagen, sowie sie der Präsidialkanzlei rechtzeitig zugehen, aufzunehmen. Weiters werde ich auf die Tagesordnung stellen die Wahl der Mitglieder in den bauerlichen Fortbildungsschulrat, ferner in Durchführung des Beschlusses Nr. 39 des Landtages die Wahl eines Sonderausschusses des Steiermärkischen Landtages zur Überprüfung der Unterstützungen der unter das Opferfürsorgesetz fallenden Personen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 30 Minuten.